



PROTOKOLL EINWOHNERRAT

DATUM UND ZEIT	Montag, 12. Dezember 2016, 19.00 Uhr, Grossratssaal
PROTOKOLL NR.	9. Sitzung 2016
ANWESEND	48 Mitglieder des Einwohnerrates 7 Mitglieder des Stadtrates Daniel Roth, Stadtschreiber Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen Marco Andreoli, Leiter Sektion Finanzen Matthias Mundwiler, Controller Jan Hlavica, Stadtbaumeister Sebastian Busse, Leiter Sektion Hochbau Daniel Müller, Leiter Abteilung Liegenschaften und Betriebe Jeannine Meier, Vorsteherin Soziale Dienste Daniel Fondado, Präsident der Schulpflege
ENTSCHULDIGT	Silvia Dell'Aquila, Einwohnerrätin Christoph Waldmeier, Einwohnerrat
VORSITZ	Lelia Hunziker, Präsidentin
PROTOKOLLFÜHRER/-IN	Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber



Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	360
2. Anfragen	
2.1 Barbara Urech: Überarbeitung der Leitlinien zum Integrationskonzept	361
2.2 Pascal Benz: Verbesserung der Ertragslage des KUK	363
2.3 Matthias Keller: Langsamverkehr auf der provisorischen Pont Neuf	365
3. Alte Reithalle; Zusatzkredit Projektierung	366
4. Beschlussfassung über die Überweisung der Planungserklärung Rainer Lüscher: Änderung der Sanierungsstrategie bei den Gemeindestrassen	377
5. Budget 2017; 2. Lesung	380
6. Kreditabrechnung General Guisan-Strasse / Goldernstrasse, Erneuerung und Renovation Abwassersystem	406
7. Kreditabrechnung General Guisan-Strasse, Ostteil / Goldernstrasse, Belagssanierung	407
8. Kreditabrechnung Erweiterung Primarschulhaus Telli, Realisierung	408



Traktandum 1

93. Mitteilungen

Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich begrüsse alle Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Es ist die 9. Sitzung im Jahre 2016. Die Schuldenbremse konnte von der FGPK aus Zeitgründen nicht diskutiert werden. Wir werden sie deshalb heute Abend auch nicht diskutieren, es sein denn, es würde noch ein Ordnungsantrag von Ihrer Seite gestellt. Ich denke aber auch, dass wir zeitmässig relativ spät dran sein werden, bis wir mit dem Budget durch sind.

Die **Präsidentin** gibt die Entschuldigungen bekannt.



Traktandum 2
GV 2014 - 2017 / 261

94. Anfrage Barbara Urech: Überarbeitung der Leitlinien zum Integrationskonzept

Am 17. Juni 2016 hat Einwohnerrätin **Barbara Urech-Eckert** (FDP.Die Liberalen) die Anfrage "Überarbeitung der Leitlinien zum Integrationskonzept der Stadt Aarau" eingereicht. Die Anfrage nimmt Bezug auf die Antwort des Stadtrats vom 17. August 2015 zur Anfrage Ulrich Fischer "Einführung von kommunalem Stimm- und Wahlrecht für Niedergelassene" (GV 2014-2015 / 145), auf das am 21. März 2016 überwiesene Postulat "Leitlinien zum Integrationskonzept der Stadt Aarau" (GV 2014-2017 / 220) sowie auf die Stellungnahme des Regierungsrats vom 9. März 2016 zum am 24. Mai 2016 vom Grossen Rat abgelehnten Postulat "Stimm- und Wahlrecht für die im Kanton Aargau wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer" (GR.15.283).

Die Anfrage kann wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1: *Wieso betreibt die Stadt Aarau diesen Aufwand, wenn schon klar ist, dass dies auf kantonaler Ebene kein Thema ist?*

Die ablehnende Haltung des Regierungsrats vom 9. März 2016 zum am 24. Mai 2016 vom Grossen Rat abgelehnten Postulat "Stimm- und Wahlrecht für die im Kanton Aargau wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer" (GR.15.283) gründet nicht auf einer grundsätzlich ablehnenden Haltung zum Stimm- und Wahlrecht der ausländischen Wohnbevölkerung auf kommunaler Ebene. Der Regierungsrat hält vielmehr fest, dass eine Studie von avenir suisse vom September 2015 festgestellt hat, dass alle Gemeinden, welche das passive Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer kennen, damit gute Erfahrungen gemacht haben. Der Vorstoss ging für den Regierungsrat aber insofern zu weit, als dieser auch das Stimm- und Wahlrecht der ausländischen Wohnbevölkerung auf kantonaler Ebene einführen wollte. Da dem Kanton als staatlichem Träger der föderalen Struktur der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Bundesstaat eine zentrale Bedeutung zukommt, soll für die Mitwirkung auf kantonaler Ebene weiterhin das Schweizer Bürgerrecht vorausgesetzt sein.

Bereits mit seiner ablehnenden Haltung zum am 15. September 2015 vom Grossen Rat abgelehnten Postulat "Stimmrecht auf kommunaler Ebene" (GR.15.91) hatte sich der Regierungsrat nicht grundsätzlich ablehnend zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene geäussert. Vielmehr war im damaligen Vorstoss der von einer Erweiterung zu erfassende Personenkreis nicht näher umschrieben. Insbesondere war die beantragte Erweiterung weder auf ein bestimmtes Alter noch auf Ausländerinnen und Ausländer beschränkt. Dies hätte eine Vielfalt von einzelnen kommunalen Regelungen ermöglicht. Der Regierungsrat erachtete lediglich eine derartige Zersplitterung und Uneinheitlichkeit des Stimm- und Wahlrechts von Gemeinde zu Gemeinde als unzweckmässig.



Die Diskussionen zu den jüngsten Vorstössen auf kantonalen Ebene zeigen, dass nicht eine grundsätzliche Ablehnung gegenüber der Möglichkeit zur Einführung eines auf die kommunale Ebene beschränkten Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer besteht. Dem Stadtrat ist es deshalb in Erfüllung des am 21. März 2016 überwiesenen Postulats "Leitlinien zum Integrationskonzept der Stadt Aarau" ein Anliegen, gemeinsam mit anderen Städten und Gemeinden im Kanton, das Thema des Stimm- und Wahlrechts für Niedergelassene auf Gemeindeebene auf die politische Agenda zu setzen und die Diskussion für die dafür notwendige Änderung der Kantonsverfassung voranzutreiben.

Frage 2: *Warum hat der Stadtrat seine Meinung zwischen dem 17.08.2015 und dem 29.02.2016 komplett geändert?*

Der Stadtrat hatte die Anfrage Ulrich Fischer "Einführung von kommunalem Stimm- und Wahlrecht für Niedergelassene" am 17. August 2015 mit Verweis auf das in den Leitsätzen zur städtischen Integrationsförderung erwähnte Subsidiaritätsprinzip beantwortet. Da für die Umsetzung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer eine Änderung der Kantonsverfassung notwendig ist, hat er es weiterhin der kantonalen Politik überlassen, in dieser Angelegenheit aktiv zu werden.

Im Rahmen der Ausarbeitung des Berichts vom 29. Februar 2016 zum Postulat "Leitlinien zum Integrationskonzept der Stadt Aarau" hat sich der Stadtrat vertiefter und zukunftsgerichtet mit der Thematik auseinandergesetzt. Bereits das Entwicklungsleitbild der Stadt hält fest, dass es für die soziale Integration, um Parallelgesellschaften zu verhindern, auch eine politische Integration braucht. Mit der Umsetzung des Postulats bietet sich die Chance, sich mit anderen Städten und Gemeinden des Kantons für die Ausweitung der Demokratie auf kommunaler Ebene einzusetzen. Als Kantonshauptstadt und als Stadt mit dem Zentrum für Demokratie als einzigartigem und kompetentem Partner kann sich die Stadt Aarau aktiv für dieses Thema einsetzen, sich vernetzen und das Wissen vor Ort nutzen.

Frage 3: *Wieviel Ressourcen wird nun in dieses Projekt gesteckt? Hat man dazu schon ein Konzept?*

Das Postulat "Leitlinien zum Integrationskonzept der Stadt Aarau" verlangt vorab die Anpassung der Leitsätze zur Integrationsförderung im Integrationsbericht. Diese Anpassung kann ohne grossen Aufwand erfolgen. Die politische Umsetzung setzt sodann eine Strategie voraus, die noch ausgearbeitet werden muss. Erst danach wird auf der Basis eines Vorgehens- und Zeitplans der Aufwand abgeschätzt werden können, der jedoch grundsätzlich mit den bestehenden Ressourcen abgedeckt werden soll. Ein erster konkreter Schritt ist Ende November 2016 geplant, wenn sich das Leitbildteam der Stadt Aarau, unter dem Vorsitz der Stadtpräsidentin und mit Unterstützung des Zentrums für Demokratie und anderen externen Expertinnen und Experten, mit dem Thema befassen wird.



Traktandum 2
GV 2014 - 2017 / 285

95. Anfrage Pascal Benz: Verbesserung der Ertragslage des KUK

Am 29. September 2016 hat Einwohnerrat **Pascal Benz** (FDP.Die Liberalen) eine Anfrage zur Verbesserung der Ertragslage des KuK eingereicht.

Pascal Benz hält darin fest, dass die Auslastung der KuK-Räumlichkeiten sich zwischen 20 % (kleine Säle und Kursräume) und 50 % (grosse Räume)¹ bewegt. Die niedrigen Auslastungsziffern lassen Spielraum für bessere Raumnutzungskonzepte erkennen, welche die Ertragslage des KuK verbessern. Die FDP.Die Liberalen Aarau möchte vom Stadtrat in Erfahrung bringen, wie er das Potential verschiedener Nutzungsvorschläge auf die Ertragslage des KuK einschätzt.

Die Nutzungsvorschläge können wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Vorschlag 1; Büroräume: *Das KuK wird baulich so angepasst, dass ein Teil der verfügbaren Fläche für mobile Büros, Schulungsräume o.ä. in langfristigen Mietverhältnissen vergeben werden kann. Über die Nutzung der Flächen nach Feierabend verfügt weiterhin die Stadt. Die Stadt soll folglich abklären, ob eine solche Nutzung eine finanzielle Verbesserung bringen kann.*

Das KuK erwirtschaftet einen grossen Teil seines Ertrags mit Grossveranstaltungen (Tagesanlässen) wie Tagungen und Kongressen, die neben den beiden grossen Sälen im Erdgeschoss noch die Säle 3 und 4 sowie die Kursräume für Workshops etc. benötigen. Zum Teil reichen die Nebenräume oftmals nicht aus, um solche Veranstaltungen im KuK durchzuführen. Es fehlt vor allem an Ausstellfläche, da das Foyer gleichermassen als Empfangshalle, Gästegarderobe, Ausstellungsraum und Verpflegungsort benützt wird.

Eine permanente Vermietung von einem Teil dieser Nebenräume würde die Durchführung der meisten Kongresse und Grossveranstaltungen verunmöglichen. Diese finden an Wochentagen und tagsüber statt. Zur Verbesserung der Ertragslage des KuK wird eine Ausweitung vor allem dieser Veranstaltungen angestrebt. Abends werden diese Räume sporadisch für kleinere Einzelveranstaltungen (Vorträge, Apéros etc.) benützt.

Des Weiteren wird z.B. von Banken und Grossfirmen jeweils das ganze Haus gemietet, obwohl nur die grossen Säle im Erdgeschoss und das Foyer benützt werden. Als Begründung wird angeführt, dass diese Kunden das Haus exklusiv für Ihre Gäste benützen möchten und keine weiteren Anlässe bzw. Personen in den kleineren Räumen erwünscht sind. In diesem Fall generiert das KUK auch die entsprechenden Einnahmen.

¹ Politikplan 2016 – 2021 und Budget 2017, p. 66, Stadt Aarau, 2016



Vorschlag 2; Lagerräume: *In den vergangenen Jahren traten zahlreiche Anbieter hochwertiger Lagerräume (klimatisiert, sauber, sicher, zentral gelegen) in den Markt (Zebrabox, Mybox etc.). Insbesondere KuK Räume ohne Tageslicht bieten sich als hochwertige Lagerräume an. Wie schätzt die Stadt das Zusatzeinkommen für das KuK ein, wenn ein Teil der Räumlichkeiten an einen Anbieter solcher High-End-Lager langfristig vermietet wird?*

Die Chöre und Orchester mit Gratis-Proberecht im KuK beanspruchen neun Einbauschränke im Gang des 2. OG für Notenmaterial (Frauenchor Cäcilienverein Aarau und Stadtsängerverein Aarau), der Orchesterverein Aarau und das argovia philharmonic jeweils einen Lagerraum im UG für ihre Instrumente. Diese Infrastruktur wird den Vereinen bzw. Orchestern kostenlos zur Verfügung gestellt. Eine Möglichkeit wäre, dafür von den beiden Orchestern eine entsprechende Lagerraummiete zu erheben. Die Höhe müsste noch vom Stadtrat festgelegt werden.

Sollten der Orchesterverein Aarau und das argovia philharmonic jedoch andere Lagerräume finden, würde das KuK aus betrieblichen Gründen diese für eigenes Equipment beanspruchen.

Vorschlag 3; Nutzungsoptimierung innerhalb öffentlicher Liegenschaften gemäss Entwicklungsleitbild: Die Fünf Aarauer Initiativen, p. 14 – 22, Stadt Aarau, 2011

Die Stadt Aarau hat sich im Entwicklungsleitbild 2011 zum Ziel gesetzt, der Zersplitterung des Aarauer Kunst- und Kulturschaffens entgegenzuwirken und durch eine Konzentration der Aktivitäten die Besucherfrequenz der einzelnen Angebote zu erhöhen. Die Stadt Aarau soll dem gesetzten Ziel mehr Nachdruck verleihen und prüfen ob z.B. Angebote wie der "Kunstraum Aarau" ins KUK integriert werden können. Die durch die Konzentration freiwerdenden Liegenschaften können als Folge renditestärkeren Verwendungen zugeführt werden. In der Gesamtheit soll sich der Ertrag für die Stadt durch die bessere Raumverwertung erhöhen.

Der als Beispiel genannte "Kunstraum Aarau" befindet sich in einer privaten Liegenschaft, die nicht zum Immobilienportfolio der Stadt Aarau gehört.

Im Übrigen wird auf die notwendige flexible Vergabemöglichkeit sämtlicher KuK-Räume für Grossveranstaltungen verwiesen.



Traktandum 2
GV 2014 - 2017 / 287

96. Anfrage Matthias Keller: Langsamverkehr auf der provisorischen Pont Neuf

Am 5. Oktober 2016 hat Einwohnerrat **Matthias Keller** (EVP/EW) eine Anfrage zum Langsamverkehr auf der provisorischen Pont Neuf eingereicht.

Die Anfrage kann wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1: *Wie wird die Sicherheit der Fussgänger und Velofahrer bei den Auffahrten zur Brücke und auf der schmalen Brücke gewährleistet?*

Baustellen fordern in der Regel angepasste Verkehrsbeziehungen und je nach Bauetappen müssen die Verkehrsbeziehungen mehrmals angepasst werden. Die so neu entstandenen Verkehrsbeziehungen sind vor allem am Anfang, bis sich die Verkehrsteilnehmer/-innen wieder daran gewöhnt haben, gefährlich. Aus diesem Grund ist es wichtig, möglichst wenige Anpassungen einzuplanen. Im Fall Pont Neuf ist für den Langsamverkehr der entsprechende Platz auf der Hilfsbrücke und auf den beiden Trottoirs vorgesehen. Die Brückenbreite entspricht den Vorgaben der zur Verfügung stehenden Normenwerke. Die Beziehungen bleiben für längere Zeit erhalten, so dass sich die Verkehrsteilnehmer/-innen wieder an die neuen Gegebenheiten gewöhnen können. Der Weg in sowie aus der Stadt kann auch über den Süffelsteg oder den Zurlindensteg erfolgen, so dass ein Überqueren der Aare bequem möglich ist.

Frage 2: *Welche baulichen und organisatorischen Massnahmen sind in der Bauphase zum Schutz des Langsamverkehrs geplant?*

Alle Verkehrsteilnehmer/-innen haben auf der Fahrbahn ihren Platz. Die Verkehrsbeziehungen bleiben über längere Zeit bestehen. Die Verkehrsverbindungen von der Brücke und zur Brücke sind so ausgestaltet, dass der motorisierte Verkehr mit geringer Geschwindigkeit den Bauperimeter befahren muss. Es bestehen komfortable Umfahrungsmöglichkeiten.

Frage 3: *Wie setzt sich der Stadtrat beim Kanton für sichere Langsamverkehrswege während den verschiedenen Bauphasen im Umkreis der Neubaubrücke und des provisorischen Übergangs ein?*

Das Stadtbauamt arbeitet eng mit dem DBVU zusammen. Die städtischen Anliegen wie z.B. zum Langsamverkehr von Bauwerken, werden vom Stadtbauamt sichergestellt.



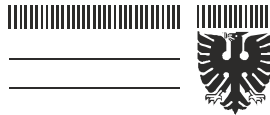
Traktandum 3
GV 2014 - 2017 / 294

97. Alte Reithalle; Zusatzkredit Projektierung

Mit Botschaft vom 17. Oktober 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden

Antrag: *Der Einwohnerrat möge den Zusatzkredit für die Projektierung der Alten Reithalle in der Höhe von Fr. 1,2 Mio. bewilligen.*

Ulrich Fischer, Sprecher der FGPK: Die FGPK behandelte am 1. November 2016 das Geschäft "Alte Reithalle, Zusatzkredit Projektierung". Auskunftspersonen waren Hanspeter Hilfiker, Stadtrat, sowie Jan Hlavica, Stadtbaumeister. Grundsätzlich fand das Projekt breite Zustimmung, und zwar sowohl bezüglich architektonisches Konzept sowie Betriebskonzept. Die Reduktion auf eine Bühne, Erhalt des offenen Hallenraumes, Verzicht auf Umbauten der angrenzenden Gebäude sowie die Nutzung als Mehrspartenhaus werden als sinnvoll erachtet. Vom bisher bewilligten Kredit von 1,1 Mio. Franken wurden 100'000 Franken noch nicht verbraucht. Im Ergebnis liegen ein überarbeitetes Vorprojekt sowie ein überarbeitetes Betriebskonzept vor. Sowohl der notwendige Baukredit wurde reduziert, aber auch die Betriebskosten, welche neu 530'000 Franken betragen. Der Zusatzaufwand für die Akustikmassnahmen für die Bedürfnisse der argovia philharmonic liegt deutlich unter den 3 Mio. Franken der AKB als Sponsor. Eine deutliche Mehrheit der FGPK unterstützt das Projekt. Es handelt sich um eine gemeinsame Entwicklung mit dem Kanton Aargau, ist entscheidend für die Entwicklung des Kasernenareals und es handelt sich um eine Kulturinstitution mit kantonaler Ausstrahlung. Der Nutzer argovia philharmonic erhält erstmals ein zentrales, hochwertiges Konzerthaus und es generiert Sponsorenbeiträge. Zusätzlich ist der Detaillierungsgrad des Vorprojektes hoch und die Kostenschätzungen werden als seriös betrachtet. Eine Minderheit der Kommission ist gegen eine Realisierung als zusätzliche Belastung der städtischen Rechnung. Die Betriebsbeiträge machen rund ein Steuerprozent aus. Auch die Investitionskosten sind zurzeit nicht tragbar. Im Unterschied zu Schulbauten handelt es sich nicht um eine dringliche oder notwendige Investition. Strittig war die Frage des Behördenreferendums. Ein Teil der Minderheit der FGPK möchte den Kredit dem Volk vorlegen, da insbesondere die Betriebskosten eine zu grosse Belastung des Aarauer Haushalts darstellten. Ein anderer Teil der Minderheit der Kommission möchte genau mit entgegengesetzter Begründung das Behördenreferendum. Gerade, weil das Projekt befürwortet wird, soll in einem frühen Stadium der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, sich dafür auszusprechen. Damit sollte insbesondere die Gefahr eines Scheiterns des Baukredites verhindert werden. Die Gegner des Behördenreferendums wiesen darauf hin, dass hier der Einwohnerrat seine Verantwortung und Kompetenz entsprechend der Gemeindeordnung wahrnehmen müsse. Das Volk werde ja dann später im Rahmen des Baukredits Stellung nehmen können. Eine deutliche Mehrheit sprach sich für den Zusatzkredit für die Projektierung der Alten Reithalle in der Höhe von 1,2 Mio. Franken aus. Der Antrag, den Beschluss des Einwohnerrates dem fakultativen Behördenreferendum zu unterstellen, wurde mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt.



Lelia Hunziker, Präsidentin: Bei diesem Geschäft liegt ein Antrag der SVP vor, und zwar mit folgendem Wortlaut:

Gestützt auf § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung ist der vorgängig vom Einwohnerrat bewilligte Zusatzkredit für die Projektierung der Alten Reithalle in der Höhe von 1,2 Mio. Franken dem fakultativen Behördenreferendum und somit einer Volksabstimmung zu unterstellen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir werden am Schluss über diesen Antrag entscheiden. Nun eröffnen wir die Diskussion zu diesem Geschäft.

Olivia Müller: Mit der Reithalle verbinde ich Kindheitserinnerungen: Als Kind sind meine Schwestern und ich in der Alten Reithalle regelmässig geritten. Wir haben jeweils unsere Pferde im Stall, das ist die heutige Bar im Stall, vorbereitet und haben dann in der Reithalle unsere Runden gedreht. Dass sich die Reithalle sehr viel besser für kulturelle Anlässe eignet, habe ich auch feststellen können. Es ist nämlich sehr viel weniger schmerzhaft. Früher nisteten nämlich unzählige Tauben im Dach der Reithalle. Sie machten sich einen Spass daraus, unsere Pferde in Regelmässigkeit zu erschrecken. So sind wir auch regelmässig vom Pferd gefallen. Soviel zu meinen persönlichen Präferenzen. Diese spielen ja aber zum Glück in der Politik keine Rolle. Es gibt aber durchaus auch sehr viele objektive und sachliche Gründe, welche für dieses Projekt sprechen und welche auch die FDP-Fraktion einstimmig dazu gebracht haben, Ja zu diesem weiteren Projektierungskredit zu sagen, natürlich geknüpft an gewisse Bedingungen. Zu diesen werde ich jetzt gleich noch kommen. Bis jetzt wurde erst das Vorprojekt abgeschlossen. Dass dieses Vorprojekt den bisherigen Kredit bereits beinahe aufgebraucht hat, erstaunt nicht. Ein so detailliertes, umfassendes Vorprojekt ist in dieser Form bisher wohl einzigartig. Man kann wohl wirklich sagen, dass die Stadt noch nie ein so ausgereiftes und sorgfältiges Vorprojekt erarbeitet hat. Der weitere Projektierungskredit ist offensichtlich nötig, da die Finanzierung ist noch nicht ganz geklärt. Es braucht aber Zusatzklärungen bei der Technik, beim Betrieb und insbesondere bei der Finanzierung. Das bisherige, so ausführliche Vorprojekt sollte auch aufzeigen, ob die gesetzten Rahmenbedingungen tatsächlich eingehalten werden können. Klar war, wenn die Vorprojektierung ergeben hätte, dass die Rahmenbedingungen, also 20 Mio. Franken Gesamtinvestition, maximal bisherige Kosten für die Stadt im Betrieb und die gemeinsame Nutzung von Theater, Tanz und Orchestermusik, nicht erfüllbar sind, dass das Projekt gestoppt worden wäre. Das Vorprojekt der Reithalle hält also wichtige Rahmenbedingungen ein und beschränkt sich angesichts der, und da muss ich der SVP-Fraktion Recht geben, prekären finanziellen Lage der Stadt endlich einmal auf das Nötige und auf das Sinnvolle. Dieses Vorgehen wurde, und wird auch künftig, stets durch die FDP gefordert. Endlich wurde nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten anstelle der primären Plünderung der Stadtkasse gesucht. Anstelle der Luxusausführung ist endlich einmal ein verhältnismässiges Projekt entstanden. Aus Kostengründen, und das haben wir schon von meinem Vorredner gehört, wurden geplante Arbeiten reduziert und auf das Nötigste beschränkt. Die benachbarten Stallungen sollen nur noch als Lagerräume benutzt werden. Es erfolgt auch kein Neubau auf dem Areal der Stallungen. Die Tuchlaube selbst wird weiterhin als kleine Bühne bzw. Probebühne benutzt. Grössere Investitionen, wie sie bei einer Zügelaktion der ganzen Tuchlaube in das Areal der Reithalle notwendig geworden wären, können so vermieden werden. In der Reithalle werden nur zwei Einbauten für Garderoben und Toiletten vorgenommen, ansonsten bleibt die Halle in ihrer Grosszügigkeit erhalten. Wir hoffen aber, dass die Tauben endgültig aus der Halle entfernt sind. Das Vorprojekt sieht zudem vor, dass die Bedingung der Plafonierung auf 8 Mio. Franken des maximalen Investitionsbeitrags der Stadt gemäss Stabilo 2 eingehalten wird. Der Betrieb der neuen Reithalle soll die



Stadt zudem nicht mehr kosten, als Aarau heute für den Theaterbetrieb ausgibt. Das Projekt wird nicht nur von der Stadt, sondern massgeblich vom Kanton und von Privaten mitgetragen. Die AKB hat bereits 3 Mio. Franken an Investitionsbeiträgen zugesichert, sollte der Bau vor Ende 2019 beginnen. Geplant ist weiter, dass mindestens 25 % der Investitionskosten über Private finanziert werden. Mit den 3 Mio. Franken der AKB ist dem Stadtrat bereits ein achtenswerter Erfolg gelungen. Es ist davon auszugehen, dass auch die restlichen 2 Mio. Franken noch so erarbeitet werden können. Die vorliegende Projektierung strebt also die Sicherung von weiteren 2 Mio. Franken an. Zudem liegt vom Kanton bereits eine Absichtserklärung vor, wonach der verbleibende Investitionsbeitrag zur Hälfte durch den Kanton getragen wird. Auch der Betrieb der Reithalle soll gemäss Zusicherung des Kantons gemeinsam mit der Stadt hälftig getragen werden. Dies zeigt, dass sowohl dem Kanton als auch namhaften Sponsoren die überregionale Bedeutung einer Reithalle bewusst sind. Beim vorliegenden Projekt handelt es sich eben nicht um ein überteuertes, sinnloses Projekt, wie sie bedauerlicherweise in Aarau bereits mehrfach gebaut wurden bzw. demnächst gebaut werden. Die Reithalle soll ein kulturell vielfältig nutzbarer Ort sein und insbesondere künftig nach Wunsch der FDP-Fraktion auch kommerziellen Anlässen offenstehen. Es geht nicht an, dass wir neben dem KUK einen zweiten Kulturraum errichten, welcher oft leer steht und an Private für Events nicht oder nur bedingt vermietet wird. Man kann wohl sagen, dass sich Eventfirmen die Finger nach einer Reithalle schlecken werden, da damit viel Geld verdient werden könnte. Die FDP-Fraktion erwartet somit, dass die Reithalle künftig neben dem subventionierten, kulturellen Betrieb auch für private Events zur Verfügung stehen wird, sei dies für Messen, Firmenanlässe oder Festivitäten. Nur damit kann erreicht werden, dass die Reithalle ausgelastet sein wird und die Finanzierung nicht zur Belastung im Stile eines KUK für den Steuerzahler wird. Die FDP-Fraktion fordert den Stadtrat auch auf, sicherzustellen, dass für die Finanzierung von freiwilligen Projekten generell künftig auch alternative Finanzierungskonzepte geprüft werden. Die Reithalle hat das Potential, ein besonderes Markenzeichen für Aarau zu werden, die Realisierung und der Betrieb müssen aber finanziell verkraftbar bleiben. Das Projekt wird durch die FDP somit nur unterstützt, wenn die genannten Versprechungen eingehalten und keine weiteren Schulden aufgenommen werden. Die Klärung dieser Fragen erwartet die FDP im Rahmen der heute beantragten Projektierung. Dem Antrag betreffend Behördenreferendum wird die FDP-Fraktion nicht folgen. Der Beschluss über Projektierungskredite liegt in der Kompetenz des Einwohnerrates. Es sind noch sehr viele Fragen und Details offen und somit liegt gemäss unserer Ansicht nach noch keine genügende Entscheidungsgrundlage vor, um das dem Stimmvolk vorlegen zu können. Heute entscheiden müssen wir über einen Kredit von 1,2 Mio. Franken. Zu berücksichtigen ist aber, dass sich die Stadt daran nur zur Hälfte beteiligen wird, der Kanton übernimmt also die andere Hälfte. Ich erlaube mir jetzt einmal die Bemerkung, dass die Stadt für sehr viel Dümmeres schon sehr viel mehr Geld ausgegeben hat. In diesem Sinne dankt die FDP-Fraktion dem Stadtrat für die Ausarbeitung dieses wirklich ausgeglichenen und sorgfältigen Vorprojektes.

Peter Roschi: Eine kürzlich erstellte Studie der Basler Firma BAK bringt folgendes zutage, ich zitiere: "Von jedem Franken, den der Staat in Kulturförderung investiert, gehen zwischen 29 und 30 % wieder zurück an den Staat. Dabei wird lediglich die Umweg-Rentabilität im engeren Sinne betrachtet. Zieht man darüber hinaus auch den privatwirtschaftlichen Nutzen zum Beispiel in Hotellerie, Gaststätten und Einzelhandel hinzu, generiert jeder Franken ein Umsatzvolumen von 1,50 bis 2,90 Franken." Wir haben heute die Gelegenheit, mit einem Ja zum Projektierungskredit einen grossen Schritt zu einer Kulturstätte zu machen, welche nach Aussagen der Architekten für die Schweiz mit über 2000 Kubikmetern und der speziellen Dachkonstruktion einmalig ist. Das haben mir die Architekten bestätigt. Die Halle wird heute im Sommer schon rege genutzt, sowohl



von Theaterschaffenden wie auch von Musikern. Alle sind voller Lob. Im Gespräch mit argovia philharmonic und dem Leiter der Tuchlaube, Herrn Peter Kelting, wurde mehrmals erwähnt, dass die Alte Reithalle bereits heute über eine hervorragende Akustik verfüge. Mit einem Umbau müssten nur minimale Anpassungen und Optimierungen im Bereiche Akustik vorgenommen werden. Einmalig ist auch das Betriebskonzept mit Theater und Musik. Mir ist nicht bekannt, dass es so etwas irgendwo in der Schweiz gibt, und das ist sicher auch eine gewisse Herausforderung, was mir die Beteiligten bestätigt haben. Jetzt noch drei Gründe, welche ebenfalls für die Alte Reithalle sprechen: 1. argovia philharmonic ist ein Orchester des Kantons Aargau, das sich in den letzten Jahren einen Namen weit über den Kanton Aargau und sogar die Landesgrenzen hinaus gemacht hat. Es stösst zunehmend an Kapazitätsengpässe. So ist das KUK jeweils einfach zu klein und man könnte das eigentlich lösen, indem man einen grösseren Saal erhalten würde. Argovia philharmonic verdient es auch, in einem würdigen Konzertsaal auftreten zu dürfen. 2. Mit der Alten Reithalle würden auf der einen Seite die erwähnten Engpässe beseitigt und auf der anderen Seite gäbe es mehr Kapazitäten im KUK. Durch das Wegfallen von Theater- und Musikaufführungen könnten die freien Termine auch für lukrative Veranstaltungen gebraucht werden. Das Interesse sei scheinbar vorhanden. 3. Zurzeit haben wir in Aarau drei Organisationen, welche Theater machen, nämlich die Theatergemeinde, der Fabrikpalast und die Tuchlaube. Sie tun dies an vier Veranstaltungsorten, nämlich im KUK, in der Tuchlaube, der Alten Reithalle und dem Fabrikpalast. Sie machen zusammen ca. 240 bis 250 Aufführungen pro Jahr. Neu würde es nur noch zwei Spielstätten geben, nämlich die Alte Reithalle und die Tuchlaube mit 170 bis 180 Aufführungen pro Jahr, wobei gleichviele Leute Platz hätten, diese Aufführungen zu besuchen. Das Budget bleibt ebenfalls gleich. Jeder Franken, der hier investiert wird, ist eine Investition in die Zukunft von Aarau und der Region. Stimmen wir also diesem Projekt mit Überzeugung zu und freuen uns auf das Projekt. Eventuell gibt es ja noch ein kleines Weihnachtsgeschenk in Form von weiteren, privaten Investitionen. Ich komme noch zum fakultativen Referendum: Wir sind hier als Volksvertreter in dieses Parlament gewählt worden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben uns damit einen Auftrag erteilt und gleichzeitig eine Verantwortung übertragen. Nehmen wir diese Verantwortung und drücken wir uns nicht davor. Eine unserer Aufgaben ist es, solche Projekte zu beraten und abzulehnen oder hoffentlich zu bewilligen.

Beatrice Klaus: Die Geschichte ist lang und kompliziert: von der Mittleren Bühne über den Oxer zum nun endlich vorliegenden Vorprojekt zur Alten Reithalle. Immer wieder waren die hohen Kosten Grund für Diskussionen. Heute befinden wir uns in der glücklichen Lage, dass mit der argovia philharmonic eine gute Ergänzung gefunden ist, die auch finanziell von Bedeutung ist. Durch sie erhält die Reithalle künstlerisch eine neue Dimension und das Projekt wird für die Stadt bezahlbarer. Auch die Betriebskosten sollten mit dem vorliegenden Konzept die Ausgaben, welche schon jetzt durch die Stadt Aarau für den Theaterbereich geleistet werden, nicht übersteigen und das notabene für ein Angebot, das – eine Sanierung vorausgesetzt – ganzjährig und nicht nur wie bis anhin in den warmen Monaten genutzt werden kann. Oft denkt man bei kulturellen Institutionen nur an die Kosten, die sie verursachen. Es lohnt sich aber, auch die Wertschöpfung durch kulturelle Angebote in diese Rechnung einzubeziehen. Gerade die letztjährige Studie der Bank Julius Bär zeigt dies eindrücklich. Durch attraktive kulturelle Angebote erhält unsere Stadt Ausstrahlungskraft und wird auch im Rest der Schweiz wahrgenommen. Was unsere Kulturinstitutionen zur wirtschaftlichen Entwicklung von Aarau beitragen, weiss jeder Gewerbetreibende oder Gastronom. Die Subventionen stehen also in einem direkten Zusammenhang mit einem positiven wirtschaftlichen Leben unserer Stadt. Dies sollten gerade diejenigen nicht vergessen, die immer wieder Kürzungen im Kulturbereich verlangen. Die Alte Reithalle ist ausserdem auch ein erster grosser Fix-



punkt bei der Entwicklung des Kasernenareals, welche die Stadt in den nächsten Jahren noch intensiv beschäftigen wird. Zum Antrag der SVP, die Vorlage dem fakultativen Referendum zu unterstellen: Die SP-Fraktion wird sich einstimmig dagegen aussprechen. Es ist für die SP nicht klar, weshalb gerade dieses Vorprojekt vor Volk soll. Es sind noch zu vielen Unbekannte zu klären, was in der Natur eines Vorprojekts liegt. Es besteht die Gefahr, dass die Vorlage an der Urne nur deshalb scheitert, weil das Volk zum gegenwärtigen Zeitpunkt einfach zu wenig darüber weiss. Der Einwohnerrat hat zudem die Aufgabe, genau solche Vorprojekte zu prüfen und zu beurteilen und Bauprojekte zu verabschieden. Mit dem fakultativen Referendum würden wir eine wichtige Führungsfunktion abgeben.

Gérald Berthet: Kultur ist wichtig, lebenswichtig, überlebenswichtig, wenn man daran denkt, dass sogar in den Konzentrationslagern der Nazis oder den Ghettos alleine deshalb Menschen ihren Lebenswillen nicht verloren haben. Die Alte Reithalle ist ein fantastischer Raum, der einen sofort in seinen Bann zieht, und zwar egal, ob man ein Theater, Tanz oder Zirkus schauen geht. Ich bin verliebt in diese Halle, so dass meine Frau eifersüchtig werden könnte. Offenbar geht es nicht nur mir so. Das zeigen die Zuschauerzahlen dieses Sommers: Mehr als 6000 Personen gingen schauen. Seit 2014 sind es jedes Jahr mehr. Das entspricht einer Auslastung von 80 %, was hoch ist. Beeindruckend ist auch, wie diese Halle von den Künstlerinnen und Künstlern gelobt wird. Sie sei speziell, traumhaft, grandios und inspirieren. Das sagen international tätige Leute, welche also vergleichen können. Wenn man im Sommer dort war, so war die Faszination so gross, dass man eigentlich gar nichts ändern möchte. Das einzige, was stört, ist die fehlende Schallisolation, so dass man im Innenraum durchaus Strassendiskussionen von draussen mitbekommt. Im Winter ist es aber kalt, wie wir vor zehn Tagen anlässlich der Orientierungsveranstaltung erlebt haben. Es wäre "die Perlen vor die Säue geworfen", wenn man nicht eine Intensivierung des Betriebes bei diesen einmaligen Voraussetzungen anstreben würde. Was lange währt, wird endlich gut: Das Projekt ist geändert worden. Es ist 2,5 Jahre auf Eis gelegt worden, jetzt aber entscheidend vorwärts gekommen. Meiner Meinung nach hat das nur gut getan. Der Regierungsrat steht weiterhin dahinter und geht von einem paritätischen Kostenteiler bezüglich Investitions- und Betriebskosten aus. Der Regierungsrat hätte im November noch einmal dazu Beschluss fassen sollen, es sei bis jetzt aber noch nicht besprochen worden, wie ich als Auskunft von Stefan Berner erhalten habe. Die Beteiligung der AKB, die Ausweitung auf einen Konzertsaal für argovia philharmonic und die Redimensionierung mit Weiterbestand des Theaters Tuchlaube machen es zukunftsweisend. Das Projekt kann tatsächlich zu einem Standortfaktor für die Stadt werden mit Ausstrahlung in die ganze Schweiz und auch ins Ausland, vergleichbar zum Beispiel mit dem Kunsthaus. Die Reithalle wäre wie der Anker am Rande des zukunftssträchtigen und noch zu bebauenden und zu planenden Kasernenareals. Peter Kelting als Leiter ist ein absoluter Profi, der seit Jahren hervorragende Arbeit abliefert und auch finanziell mit der Tuchlaube in den schwarzen Zahlen steht. Er hat es verstanden, alle an den Tisch zu holen und den engen finanziellen Rahmen zu berücksichtigen. Er hat mit seinem Team und seinen breiten Kontakten das Vertrauen verdient, dass die Reithalle nicht ein Fass ohne Boden wird. Ich fasse zusammen: eine fantastische Halle, welche auch im denkmalpflegerischen Inventar für militärische Hochbauten des Bundes HOBIM im Erhaltungsziel Stufe 1 eingeteilt ist. Da erwarte ich übrigens von Einwohnerrat Beat Krättli denselben Werbepott noch einmal für die Reithalle, wie er damals an dieser Stelle für die Kaserne abgegeben hat. Also noch einmal: eine fantastische Halle, Zuschauer, welche seit Jahren kommen, Künstler, welche begeistert sind, ein perfekter Standort, der Kanton im Boot, ein Profiorchester, eine Bank, das Potenzial zu einem Leuchtturm – was wünscht man sich dann überhaupt noch mehr? Ja, es kostet etwas. Wir Grünen wollen aber endlich mit dieser Miesepeterstimmung in diesem Rat auf-



hören, sobald das Thema auf die Finanzen kommt. Wir glauben, dass wir das unseren Wählern schuldig sind, auch den Jungen und zukünftigen Generationen. Ein solches Projekt darf nicht weggespart werden. Der Projektierungskredit soll wie derjenige vom März 2008 nicht mit einem Einwohnerratsbeschluss dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Das Stimmvolk muss alle Informationen haben, um abschliessend in der Volksabstimmung, welche sowieso kommt, darüber zu entscheiden. Im Moment gibt es noch zu viele Details, welche noch nicht ausgearbeitet sind. Wie schon erwähnt, steht der Regierungsratsbeschluss noch aus, das Sponsoring, das haben die Vorrednerinnen und -redner schon erwähnt, ist noch nicht abschliessend geklärt und das Betriebskonzept muss noch weiter ausgearbeitet werden. Zudem würde es mich noch interessieren, was denn die SVP als Gegnerin der Reithalle mit dieser Halle tun würde. Nein sagen ist immer leichter, als eigene Ideen zu entwickeln. Wir stehen also klar ein für diese Reithalle und sind gegen eine Unterstellung unter das fakultative Referendum. Ich habe mit der Kultur angefangen und möchte mit Kultur schliessen, und zwar mit einem Zitat von Hermann Burger: "Das Publikum verlässt das Theater nie. Kleines Theater im grossen Theater."

Ueli Hertig: Das Vorprojekt, welches die Grundlage für den Zusatzkredit für die Alte Reithalle bildet, hat schon einen sehr hohen Detaillierungsgrad und überzeugt mit seiner architektonischen Schlichtheit. Auf alle Neu-, An- und unnötigen Einbauten wird verzichtet. Das Projekt, welches als Mittlere Bühne gestartet ist, hat auch den Oxer übersprungen und liegt uns nun als Projekt Alte Reithalle, was sie eigentlich schon immer gewesen ist, zur Beschlussfassung vor. Dass nun auch der Betrieb als Mehrspartenhaus angedacht ist, freut uns sehr, denn schon im März 2008 haben wir mit einem Ergänzungsantrag folgendes verlangt: "Das Raumprogramm ist darauf abzustellen, dass Synergien entstehen, so dass eine Vielzahl kultureller, auch theaterverwandter Formen, in der Reithalle möglich werden." Damals fand dieser Antrag keine Mehrheit, da die Angst vor steigenden Kosten überwog. Dass auch argovia philharmonic in der Alten Reithalle einen Veranstaltungsort gefunden hat, begrüssen wir auch sehr. Im Vorfeld haben wir mit dem fakultativen Referendum geliebäugelt. Wenn heute aber eine klare Mehrheit des Einwohnerrates dem Zusatzkredit zustimmt und sich den finanziellen Konsequenzen bewusst ist, wird eine Mehrheit unserer Fraktion den Antrag der SVP, den Beschluss dem Stimmvolk zu unterbreiten, nicht unterstützen. Die Alte Reithalle hat das Potenzial, ein kulturelles Aushängeschild für die Stadt und den Kanton zu werden. In diesem Sinne stimmen wir dem stadträtlichen Antrag zu und sind gespannt auf die weiteren Schritte.

Susanne Heuberger: Ich möchte meine Ausführungen mit einer Vorbemerkung beginnen: Diese Vorlage wurde von der November- auf die heutige Dezembersitzung verschoben. Für die SVP ist absolut nicht nachvollziehbar, weshalb man das getan hat. Es ist vom Stadtrat ausgeführt worden, dass man das zusammen mit dem Budget anschauen müsse. Das Budget beraten wir nachher. Wir haben ein Budget, welches ein Defizit von 3,3 Mio. Franken ausweist. Wir haben heute mit dem Projektierungskredit von 1,2 Mio. Franken für die Alte Reithalle ein reines Wunschprojekt auf dem Serviertablett. Wie geht das zusammen? Ich möchte den Stadtrat jetzt fragen, wie er das Projekt Alte Reithalle beurteilt. Ist es Wunschbedarf oder Notwendigkeit? Ich wäre froh, wenn man mir diese konkrete Frage jetzt vom Stadtrat aus beantworten könnte.

Hanspeter Hilfiker, Stadtrat: Ich werde am Schluss Stellung nehmen.

Susanne Heuberger: Gérald Berthet hat vorhin an unsere Fraktion die Frage gerichtet, was die SVP mit der Alten Reithalle machen würde. Wir müssen uns das überhaupt nicht überlegen, und



zwar niemand hier im Saal, denn die Alte Reithalle gehört nämlich gar nicht der Stadt, sondern dem Kanton. Dies einfach für diejenigen, welche das noch nicht gemerkt haben. Deshalb muss ich sehr wahrscheinlich auf die Geschichte eingehen: Der Kanton hat nämlich dieses Ei gelegt und die Stadt Aarau ist bei diesem Projekt anscheinend, wie das in der Vorlage erwähnt wird, im Evaluationsverfahren als Siegerin davon gegangen. Baden und Brugg waren im Rennen. Sie lieferten aber keine überzeugenden Konzepte ab und sind dann, so kann man es sagen, ausgestiegen. Sie haben nämlich gemerkt, wo der Hase im Pfeffer liegt und haben gedacht, dass in Aarau das Portemonnaie sowieso locker sitze und sie es deshalb haben sollen. Sie haben gemerkt, dass sie sich hier etwas einbrocken würden, das sie finanziell zu stark belasten würde, und zwar insbesondere in Zeiten, in welchen die städtischen Budgets nicht ausgeglichen daherkommen. Das Projekt besteht nicht nur aus Investitionskosten, sondern noch viel mehr aus Betriebskosten, und dies jahrzehntelang. Der Kanton bezahlt den Investitionsbeitrag, das müssen wir uns bewusst sein, aus der Portokasse, nämlich aus dem Lotteriefonds. Bei der Stadt geht es über die laufende Rechnung. Das sind zwei Paar Schuhe. Wir haben das Projekt seit zehn Jahren in der Pipeline. Zehn Jahre dauerte die Planungsphase. Es dauerte nicht deshalb so lange, weil es durch Einsprachen, wie zum Beispiel beim Stadionbau, verzögert worden wäre, sondern einfach deshalb, weil man noch nicht so recht weiss, was man eigentlich will, weil es anscheinend zu teuer war, weil man es überarbeitet hat und weil man ihm unterdessen drei verschiedene Namen gegeben hat. Für die SVP ist dieses Projekt mit jedem Namenswechsel nicht besser geworden. Der Projektierungskredit von 1,1 Mio. Franken ist verschlungen worden. Etwas, das uns besonders stört, ist die Tatsache, dass eine Konzeptänderung vorgenommen worden ist, und zwar eine massive. Das hat nichts mehr damit zu tun, wofür man ursprünglich die 1,1 Mio. Franken abgeholt hat. Ist es rechtens, wenn man die Projektierungskredite für ein Zweispartenhaus abholt und es plötzlich unterwegs zu einem Dreispartenhaus mutiert? Die Multifunktionalität, welche heute Abend schon über jeden Klee gelobt worden ist, kommt uns teuer zu stehen. Auch die SVP schätzt das Engagement von argovia philharmonic sehr und es ist löblich, dass man versucht, weitere Teamplayer in kulturelle Projekte beziehen zu können. Es ist auch legitim, wenn argovia philharmonic lobbyiert und unter anderem uns Einwohnerräten Briefe schreibt. Aber nicht legitim finden wir die Art und Weise, wie sie das tun. Sie beschwört die Liebe im Titel. Im Referat von Gérald Berthet ist sie heute Abend als Verliebtheit vorgekommen. Bei der SVP war von Anfang an keine Verliebtheit für das Projekt vorhanden und wird es auch keine geben. "Aus Liebe zu Aarau" hat argovia philharmonic argumentiert. "Aus Liebe zu Aarau" kann man mit allem und jedem argumentieren, und zwar dafür oder dagegen. Es ist reiner Wunschbedarf. Wenn uns die AKB an dieses Projekt 3 Mio. Franken zusichern will, ist das löblich. Es ist ein Geschenk. Ist es auch ein Köder, um uns gefügig zu machen? Wer bezahlt nachher die Betriebskosten? Die bleiben an uns hängen. Das Konzept ist vorhin auch über allen Klee gelobt worden. Ich weiss nicht, wie man dieses Konzept lesen kann, aber das Konzept und auch die Vorlage entsprechen nicht der Wahrheit. Die Kosten werden bewusst tief gehalten, und zwar am unteren Limit. Vieles ist noch nicht definitiv. Wenn man das Konzept richtig anschaut, dann sieht man, dass wir hier für etwas dumm verkauft werden. Wir haben ein neues Kulturkonzept. Das Konzept hätte mehr Transparenz bringen sollen. Was wir jetzt haben, ist weniger. Über die effektiven Kosten und Zahlen ist es ungenau definiert. Aarau schmückt sich seit Jahren mit dem Titel "Kulturstadt". Sie hat ein breites Angebot. Das estimieren wir. Sie legt dafür aber auch sehr viel Geld aus. Ich stelle jetzt eine Behauptung auf, aber hier im Saal weiss niemand genau, wieviel Geld jedes Jahr und in den letzten Jahren in die Kultur geflossen ist. Das Budget ist intransparent und die Rechnungen auch. Die Kulturkosten sind über sehr, sehr viele Produktgruppen verteilt. Man hat keine Transparenz und genau das ist es, weshalb wir uns seit Jahren gegen diese Kulturausgaben wehren. Wir werden noch in diesem Jahr eine Anfrage stellen, um



endlich vollständige Transparenz über die Kulturausgaben der Stadt, und zwar von der Ortsbürger- und der Einwohnergemeinde, aktuell, in der Vergangenheit und in der Zukunft, Auskunft zu erhalten. Heute Abend ist mehrfach, unter anderem auch von der FDP, das KUK erwähnt worden. Das KUK ist vor ungefähr 12 oder 13 Jahren für mehr als 24 Mio. Franken saniert worden, und zwar als Kultur- und Kongresshaus der Stadt Aarau, welches für die ganze Bevölkerung und sämtliche Sparten hätte zugänglich sein sollen. Wir haben immer noch einen stark defizitären Betrieb. Das KUK hat in den nächsten wenigen paar Jahren einen Investitionsbedarf von über 10 Mio. Franken. Das finden Sie im Politikplan. Wir haben ein bestehendes Kulturhaus. Wir haben weitere Kulturtempel. Alle sind defizitär. Und jetzt hat der Einwohnerrat den Nerv, einen weiteren Kulturtempel weiterplanen zu wollen. Man hat das KUK in den letzten Jahren vorsätzlich als Kulturhaus abgewertet. Da ist argovia philharmonic an vorderster Front mit dabei. Der Stadtrat wertet das Haus ab und auch der Einwohnerrat. Es ist fatal, verwerflich und dekadent, bei einem so schönen Kulturtempel überall Haare in der Suppe zu finden. Man sagt, es genüge nicht mehr und man hätte gerne etwas Neues. Ich möchte noch einmal dafür werben, den Projektierungskredit von 1,2 Mio. Franken jetzt abzulehnen. Ich werde nachher separat zu unserem Antrag auf Behördenreferendum Stellung nehmen.

Hanspeter Hilfiker, Stadtrat: Das war jetzt eben etwas dicke Post in den letzten zehn Minuten. Grundsätzlich möchte ich aber zuerst für die im Kern ja positive Aufnahme des Geschäftes danken. Es ist tatsächlich ein Vorprojekt, welches wir in den vergangenen zwei Jahren realisiert haben. Es geht jetzt darum, über einen Projektierungskredit für die Alte Reithalle zu befinden und nicht über das KUK, die allgemeinen Kulturausgaben oder grundsätzlich Wünschbares oder Notwendiges. Selbstverständlich sind Kulturausgaben, so wie die Sport- oder viele andere Ausgaben, welche wir haben, im wünschbaren Bereich, aber wir sind ja auch eine Stadt, in welcher wir eine Entwicklung sicherstellen wollen und wo es darum gehen soll, dass wir nicht nur Schulhäuser und Strassen bauen in den nächsten 20 Jahren. In diesem Rahmen haben wir vor zwei Jahren das Projekt Alte Reithalle, welches ungefähr Mitte 2006 zugunsten von Aarau entschieden worden ist, wieder aufgenommen. Aarau ist damals aus den am Wettbewerb mitmachenden Städten vom Kanton ausgewählt worden. Als Mittlere Bühne wollte der Kanton gezielt einen dritten, kantonalen Kulturpunkt nebst dem Naturama und dem Kunsthaus. Wir haben das gegen eine durchaus ernstzunehmende Konkurrenz gewonnen. Ich möchte Susanne Heuberger schon auch darauf hinweisen, dass man in Baden in den letzten Jahren deutlich mehr Millionen investiert bzw. zumindest schon für einen Theaterbau freigegeben hat, weil man durchaus auch sieht, dass Theater ein wichtiger Bereich in unserer Kulturlandschaft ist. Wir haben dann aber gesehen, und das haben Sie auch alle in den letzten Jahren bei dieser Budgetknappheit mitbekommen, dass man gewisse Massnahmen ergreifen muss, damit das Projekt tatsächlich nicht zu teuer wird. Diese Rahmenbedingungen haben wir im Stadtrat im Jahr 2013 gesetzt. Wir haben gesagt, dass wir keinen Neubau im Stallbereich vorne machen und nicht zwei Räume in die Reithalle einbauen wollen. Wir wollen auch keine Umnutzung der Tuchlaube finanzieren müssen, was die Kosten dann auch wieder hochgetrieben hätte. Zudem wollen wir tatsächlich schauen, ob argovia philharmonic, welche sich selber bei uns gemeldet haben, dass sie gerne in diese Reithalle kommen möchten, auch vom Konzept her dort drin Platz hat. Am Ende dieses Vorprojektes sind wir jetzt tatsächlich auf dem Stand, dass wir sagen können, es sei möglich, dass Theater, Tanz und die ebenfalls kantonal stark unterstützte Orchestermusik von argovia philharmonic in diesem Raum Platz finden können. Ja, wir haben die Sicherheit, soweit man diese im Rahmen eines Vorprojektes haben kann, dass wir den Kostenrahmen von 20 Mio. Franken und den Anteil der Stadt Aarau, welchen wir im Rahmen von Stabulo 2 auf 8 Mio. Franken fixiert haben, einhalten können. Wir können eben auch sicher-



stellen, dass aufgrund dieser Rahmenbedingungen bezüglich Betrieb, Technik, Trägerschaft und Finanzierung ein realistisches Bild gezeichnet werden kann, was da ab Grössenordnung 2020 möglich sein sollte. Es ist aber eben ein Vorprojekt. Das ist ein wichtiger Punkt, wenn man auch an das Behördenreferendum denkt. Wir haben Finanzierungen von Dritten, welche bereits sicher sind. Wir haben gewisse Ideen, was man von dritter Seite her noch mitorganisieren könnte. Es sind aber doch noch sehr viele Fragen im Bereich des Betriebes, der Technik, der Trägerschaft und generell im Bereich des Umfeldes bei dieser Alten Reithalle offen. Deshalb möchten wir auch daran festhalten, dass das Vorprojekt nicht einem Behördenreferendum unterstellt wird, weil es einfach noch viele offene Fragen gibt, welche wir im Rahmen dieser Abstimmung gar nicht beantworten können. So, wie jetzt Susanne Heuberger auf gewissen Punkten etwas herumgehackt hat, gehe ich davon aus, dass eben genau diese offenen Fragen immer und immer wieder kommen werden, ohne irgend eine Möglichkeit für eine vernünftige Diskussion, eine Lösung und eine Beantwortung dieser Fragen zu haben. Genau um die saubere Diskussion und Beantwortung aller Fragen, welche im Rahmen des Vorprojektes aufgekommen sind, geht es dann im Rahmen des Bauprojektes. Genau deshalb beantragen wir die 1,2 Mio. Franken. Sie haben dort sicher auch gemerkt, dass diese 1,2 Mio. Franken tiefer sind als das, was man im 2010 für einen Projektierungskredit in Aussicht gestellt hat, weil man eben auch dort auf einem redimensionierten Projekt basiert. Es ist ebenfalls bereits gesagt worden, dass von diesen 1,2 Mio. Franken der Kanton die Hälfte übernehmen wird. Da liegen uns bereits die Absichtserklärungen vor. Es geht also um 600'000 Franken. Ich möchte hier noch klar machen, dass das, was Susanne Heuberger hier etwas unterstellt, dass man nämlich die Kosten des Betriebes nicht im Griff habe, genau einer der Kernpunkte war, welchen wir im Vorprojekt hin und her analysiert und angeschaut haben. Susanne Heuberger mag festgestellt haben, dass wir wirklich, wie es auch Peter Roschi gesagt hat, auch Fusionen von bisherigen Anbietern bis zu den Absichtserklärungen in diesem Vorprojekt realisiert haben. Wir haben gesagt, dass auch im Rahmen von Stabulo 2, zu welchem wir stehen, die Stadt Aarau nicht mehr an einen Theater- und Tanzbereich beitragen kann, als das heute schon der Fall ist. Das Vorprojekt zeigt jetzt, dass diese Rahmenbedingung einhaltbar ist. Mit den Zusatznutzungen, welche in einem attraktiven Umfeld mitten in der Stadt möglich sind, ist auch hier eine weitere Akzentuierung unseres Standortes möglich. Auch eine NAB und Nachbarveranstalter haben durchaus schon ihr Interesse an diesem Raum bekundet. All das führt dazu, dass wir der Meinung sind, es handle sich hier um einen Projektierungskredit, der beantragt werden könne und man auf eine sichere und auch saubere Art hier im Rat entscheiden könne. In zwölf oder fünfzehn Monaten, wenn wir das Bauprojekt entwickelt haben, wird dann selbstverständlich auch das Volk zu dieser Projektierung Stellung nehmen können. Es wird dann darum gehen, den Baukredit freizugeben. In diesem Sinne danke ich für den Grossteil der Ausführung und hoffe, dass Sie dem Projektierungskredit zustimmen und den ganzen Projektierungskredit nicht dem Behördenreferendum unterstellen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen folgenden



Beschluss

Der Zusatzkredit von 1,2 Mio. Franken für die Projektierung der Alten Reithalle wird bewilligt.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit kommen wir jetzt zum Antrag der SVP über das fakultative Behördenreferendum.

Susanne Heuberger: Unser Antrag auf Unterstellung unter das Behördenreferendum bedeutet, dass wir Ihnen beantragen, eine Volksabstimmung über diesen Projektierungskredit durchzuführen. Wir haben zur Genüge gehört, sei es vom Stadtrat oder aus Ihren Voten, dass unser Antrag keine Zustimmung finden wird. Gleichwohl sind wir überzeugt, dass es notwendig ist und wäre, diesen Kredit dem Volksentscheid zu unterstellen. Das Volk sei zu dumm, jetzt über diesen Projektierungskredit abstimmen zu können. So nehme ich das wahr, wenn es heisst, es habe noch viel zu viele offene Fragen, man könne das jetzt noch nicht beurteilen. Auch für uns hat dieses Projekt noch viel zu viele offene Fragen, aber wir sind sehr wahrscheinlich kompetent genug, um das heute Abend hier im Rat abschliessend zu beschliessen. Das Behördenreferendum ist ein legitimes, demokratisches Mittel, um Finanzmittel der Gemeinde frühzeitig dem Volk vorlegen zu können. Frühzeitig wäre es auf keine Fall. Nach zehn Jahren haben wir das Gefühl, dass es mehr als an der Zeit wäre, dass das Volk dieses Recht endlich wahrnehmen und etwas dazu sagen könnte. Hier im Saal wird, so haben wir es gehört, wie der Teufel das Weihwasser meidet, kein Behördenreferendum gewünscht. Weshalb ist das so? Wovor haben Sie, Kolleginnen und Kollegen, denn Angst? Wovor hat der Stadtrat Angst? Ist es die berechtigte Angst, dass dieses Projekt schon beim Zusatzprojektierungskredit falliert? Gehen Sie es ein. Eine Volksabstimmung gibt es so oder so, und zwar spätestens beim Baukredit, wenn dieser kommen sollte. Wenn wir jetzt das Volk darüber abstimmen lassen, haben wir eine Planungssicherheit, und zwar unabhängig davon, ob wir dafür oder dagegen sind. Es gibt von unserer Seite her keinen Grund, wieso dass man das Referendum oder das Volk fürchten sollte. Das Aarauer Stimmvolk hat in Anbetracht der schlechten Finanzlage, über welche wir heute Abend noch länger debattieren werden, das Anrecht darauf, über Wunschbedarf frühzeitig abstimmen zu können. Wenn wir diesem fakultativen Referendum heute Abend nicht zustimmen, dann zeigt es uns erst recht, dass man hier von der Verwaltung, dem Stadtrat und dem Wohnerrat her das Volk möglichst lange aussen vor lassen will. Vielleicht wird dem Projektierungskredit ja zugestimmt, vielleicht auch nicht, aber wir haben frühzeitig einen Entscheid. Nach zehn Jahren der Planung wäre es höchste Zeit dafür.

Hanspeter Hilfiker, Stadtrat: Ich glaube, es geht nicht darum, ob man Angst vor dem Volk hat oder nicht. Es geht darum, dass das ein ganz normaler Vorgang ist, welcher in der Kompetenz des Wohnrates liegt, das zu entscheiden. Anschliessend wird das Bauprojekt, wenn es vorliegt, selbstverständlich dem Volk vorgelegt. Es geht nicht darum, dass man davor Angst hat, sondern darum, dass man sich auch etwas fragen muss, was wir hier im Rat tun, wenn man einen Entscheid, welcher eigentlich in der Kompetenz dieses Rates liegt, nachher weiterdelegiert und man noch einmal eine Runde oder mehrere Runden macht. Es geht nur darum.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur



Abstimmung über den Ordnungsantrag der SVP:

Der Ordnungsantrag der SVP:

Gestützt auf § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung ist der vorgängig vom Einwohnerrat bewilligte Zusatzkredit für die Projektierung der Alten Reithalle in der Höhe von 1,2 Mio. Franken dem fakultativen Behördenreferendum und somit einer Volksabstimmung zu unterstellen

wird mit 30 Nein-Stimmen gegen 16 Ja-Stimmen **abgelehnt**.



Traktandum 4
GV 2014 - 2017 / 291

98. Beschlussfassung über die Überweisung der Planungserklärung Rainer Lüscher: Änderung der Sanierungsstrategie bei den Gemeindestrassen

Mit Planungserklärung zum Politikplan 2016 - 2021 stellt Einwohnerrat **Rainer Lüscher** (FDP) den folgenden

Antrag: *Die jährliche Sanierungsfläche der Gemeindestrassen soll von 1/30 auf 1/45 angepasst werden.*

Rainer Lüscher: Früher wurden die Strassensanierungen immer in einem Turnus von 30 Jahren geplant, das heisst, wenn man jedes Jahr 1/30 aller Strassen saniert, hat man in 30 Jahren wieder denselben Zustand wie jetzt. In vielen Gemeinden erneuert man zum Beispiel die Wasserleitungen nach diesem Prinzip. Dort rechnet man meistens mit einem Turnus von 50 Jahren. Mit Stabulo 2 hat man die Strategie von 1/30 kurzfristig auf 1/54 gewechselt, und zwar analog zur Stadt Zürich. Im Politikplan sind ab dem Jahr 2018 neu wieder Tranchen von 3,6 Mio. Franken pro Jahr eingestellt, was wieder der früheren Strategie von 1/30 pro Jahr entspricht. Meine, respektive unsere vorliegende Planungserklärung zielt darauf hin, dass wir in Aarau ab dem Jahr 2018 statt 1/30 pro Jahr nur 1/45 ersetzen sollen. Das heisst, die Strategie solle lauten, dass wir in 45 Jahren wieder denselben Zustand haben wie heute, statt schon in 30 Jahren. Durch die Änderung dieser Strategie können die Ausgaben pro Jahr um 1,2 Mio. Franken gesenkt werden und wir haben sämtliche Strassen immer noch neun Jahre schneller wieder ersetzt, als das die Strategie analog der Stadt Zürich erfüllen würde. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, die Planungserklärung zu unterstützen und an den Stadtrat zu überweisen.

Markus Hutmacher: Ich möchte vorausschicken, dass die Grünen nicht unbedingt Freunde des Strassenbaus sind, aber trotzdem haben wir keine Freude an dieser Planungserklärung: Von uns aus gesehen ist ein aufgeschobener Unterhalt von Infrastruktur nicht gespart, sondern einfach den Schwarzen Peter an die nächste Generation weitergegeben. Heute analysiert die Stadt den Zustand der Strassen periodisch, ich glaube es sind alle 5 Jahre, und legt den Bedarf anhand dieses Ergebnisses fest. Wenn wir jetzt einfach festlegen, dass der Rhythmus 45 Jahre betragen solle, macht diese Analyse keinen Sinn mehr, da ja die Mittel nicht der Analyse angepasst werden. Wir würden vorschlagen, dass man bei dem jetzigen Vorgehen bleibt und die politische Entscheidung, was wann saniert werden muss, dem Stadtrat überlässt. Die fachliche Entscheidung, was sanierungsbedürftig ist, sollen die Fachleute treffen und nicht wir als Laien.

Lukas Häusermann: Für uns kommt diese Planungserklärung zu einem etwas komischen Zeitpunkt. Wie Sie ja wissen, wird momentan noch eine längere Zeitperiode angewendet, um die Strassen nachher wieder auf denselben Stand zu bringen wie heute, und zwar mit dem Ziel, gewisse Erfahrungen zu sammeln. Ich denke, wenn wir dann über diese Erfahrungen verfügen, können wir auch darüber diskutieren, ob jetzt 30, 45 oder 54 Jahre der richtige Ansatz sei und wel-



chen Standard wird haben wollen. Insofern haben wir zwar ein gewisses Verständnis für die Planungserklärung, für uns kommt sie jetzt einfach noch zu früh.

Thomas Richner: Die Standards in der Stadt Aarau sind an vielen Orten zu hoch, was sich in sehr hohen Aufwendungen und Kosten zeigt, so zum Beispiel bei den Bauten, also Neubauten und Erneuerungen oder Sanierungen, und auch bei den Strassen. Seit Jahren diskutieren wir auch schon wegen den Sanierungen von Gemeindestrassen und die Planungserklärung der FDP zielt hier eigentlich in die richtige Richtung. Die Sanierungsstrategie soll nicht einfach auf eine fixe Sanierungsfläche von 1/30 pro Jahr festgelegt bleiben. Wie wir aber schon gehört haben, hat man ja im Rahmen von Stabilo 2 fixiert, dass man nur 2 Mio. Franken pro Jahr in Sanierungen investieren wolle, obwohl das auch nicht immer ganz transparent ist und es auch viele andere Strassenprojekte gibt, die einen Anteil Sanierung enthalten. Jedenfalls sollen diese 2 Mio. Franken in den Jahren 2017 und 2018 ebenfalls beibehalten werden. Da würde diese Planungserklärung eigentlich dazu führen, dass man den Betrag eher schon wieder um 400'000 Franken erhöhen würde. So gesehen ist es aus unserer Sicht momentan zu früh für diese Planungserklärung und wir möchten die Kosten für die nächsten zwei Jahre nicht jetzt schon erhöhen. 2017 gibt es dann eine neue Zustandsanalyse und darauf basierend sollte der Stadtrat eine neue Strategie ab 2019 für die folgenden Jahre aufzeigen. Aus den genannten Gründen können wir die Planungserklärung momentan nicht unterstützen. Wir würden aber dem Stadtrat empfehlen, im Rahmen der Strategiefestlegung ab 2019 diese Planungserklärung im Hinterkopf zu behalten. Andernfalls müsste man sie einfach 2018 wieder einreichen und dann würden wir sie auch unterstützen.

Rainer Lüscher: Diese Planungserklärung zielt darauf, ab 2018 die Gelder zu verändern. Man sieht, dass es im Politikplan ab 2018 ist. Jetzt wird mir gesagt, die hohen Zahlen seien ab 2019 wieder eingestellt. Dann ist das so. Wenn man einmal zurückschaut, wäre es interessant zu fragen, und das habe ich jetzt noch nicht kontrolliert, wieviel man wirklich auch gemacht hat bei der Strategie für gleich gute Strassen in 30 Jahren wie heute.

Oliver Bachmann: Nur ganz kurz: Für die SP-Fraktion geht diese Planungserklärung in die richtige Richtung und wir werden sie deshalb heute Abend unterstützen. Auch wenn wir wahrscheinlich mit der FDP unterliegen werden, ist es für uns wichtig, ein Zeichen zu setzen, dass es in diesem Bereich durchaus noch Potential für uns gibt, zu sparen. Strassen sind wichtig, aber irgendwo muss es auch Grenzen haben, wieviel wir bereit sind, dafür auszugeben.

Werner Schib, Stadtrat: Unsere Gemeindestrassen haben einen Wert. 180 Mio. Franken ist der Wert der Gemeindestrassen als Volksvermögen. Wenn wir diesen Wert behalten und somit auf diesen 180 Mio. Franken bleiben wollen, müssten wir pro Jahr 3,6 Mio. Franken in den Wertunterhalt investieren. Diese Zahl haben wir errechnet, sie wurde aber im Übrigen auch im Rahmen von Stabilo 2 vom Büro Brandenberger+Ruosch bestätigt. Sie haben uns eigentlich auch gesagt, dass wir die 3,6 Mio. Franken investieren müssen, wenn wir diesen Wert behalten wollen. Der Stadtrat hat aber im Jahre 2014, als er die Werterhaltsstrategie für die Jahre 2015-2018 definiert hat, gesagt, wie es Thomas Richner angetönt hat, dass man ja vielleicht etwas bei den Standards hinunterfahren könne und die Strassen nicht unbedingt auf dem gleich hohen Standard behalten müsse. Deshalb macht es ja vielleicht auch nichts, wenn der Strassenzustand etwas schlechter wird. Aber wenn man weniger in den Wertunterhalt investiert, setzt man den Wert dieser Strassen hinunter. Das führt zu einem Wertverzehr und einer Verschlechterung der Strassen. Wenn man später, also die nächsten Generationen, wieder investieren müsste, dann kostet das sehr viel Geld.



Das war eigentlich der Grund, weshalb der Stadtrat dann beschloss, nur noch 2 Mio. Franken in den Werterhalt zu investieren. Das hat er bis ins Jahr 2018 so festgelegt. Das entspricht einem Erneuerungszyklus von 54 Jahren. Der Stadtrat hat ebenfalls entschieden, den Zustand der Strassen alle fünf Jahre zu erheben. Wir haben das im Jahr 2012 gehabt. Dort hatten wir 10,6 % der Gemeindestrassen, welche in einem kritischen oder schlechten Zustand waren. Der Stadtrat hat gesagt, wenn man schon eine Verschlechterung dieses Zustands der Strassen in Kauf nimmt, dann möchte er 2017 den Strassenzustand wieder erheben und schauen, ob der Strassenzustand wirklich schlechter geworden ist. Vielleicht ist das ja gar nicht der Fall oder der Zustand ist nur wenig schlechter geworden. Wenn nachher die Ergebnisse der Zustandserhebung vorliegen, will der Stadtrat die Strategie für die nächsten fünf Jahre entscheiden. Deshalb kommt die Planungserklärung wirklich etwas zum falschen Moment, nämlich zu früh. Wir möchten die Strategie für die Jahre 2019 und folgende erst festlegen, wenn wir die Zahlen haben. Vielleicht landen wir bei diesem Wert von 1/45, wie es die FDP verlangt, vielleicht sind wir auch bei 1/54 und dann braucht es noch weniger Geld. Das wäre so, wie wir jetzt in dieser Periode drin sind. Heute ist es also wie gesagt zu früh für eine Änderung dieser Strategie.

Thomas Richner: Wie wir vorhin schon gesagt haben, wären wir ja ab dem Jahre 2019 eigentlich auch dafür, weil man dann nicht zwei Jahre lang die 2,4 anstatt die 2 Mio. Franken ausgeben müssten. Jetzt wäre einfach mein Wunsch an die FDP zur Klärung: Ist es jetzt eine Planungserklärung 2016 – 2021 oder eine ab 2019? Worüber stimmen wir nachher ab? Es wäre einfach gut, vor der Abstimmung genau zu wissen, worüber wir abstimmen.

Rainer Lüscher: Die Meinung wäre also ab 2019, und zwar genau so, wie es jetzt im Politikplan mit der hohen Zahl eingestellt ist. Wir möchten einfach jetzt schon einen Warnschuss abgeben und sagen, dass man dann die tiefere Zahl nehmen würde.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Dann braucht es eine Ergänzung oder Abänderung zum ursprünglichen Antrag der FDP. Dieser lautet nun wie folgt:

Die jährliche Sanierungsfläche der Gemeindestrassen soll ab 2019 von 1/30 auf 1/45 angepasst werden.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über die ergänzte Planungserklärung der FDP:

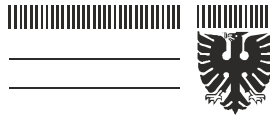
Die jährliche Sanierungsfläche der Gemeindestrassen soll ab 2019 von 1/30 auf 1/45 angepasst werden.

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Die ergänzte Planungserklärung der FDP-Fraktion "Änderung der Sanierungsstrategie bei den Gemeindestrassen" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 5
GV 2014 - 2017 / 305

99. Budget 2017; 2. Lesung

Mit Botschaft vom 14. November 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft die folgenden

- Anträge:**
1. *Das Budget 2017 der Einwohnergemeinde Aarau sei mit einem Steuerfuss von 97 % zu genehmigen.*
 2. *Es sei die Produktegruppe 01 in "Politische Führung/Wirtschaft" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*
 3. *Es sei die Produktegruppe 12 in "Finanzen" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*
 4. *Es sei die Produktegruppe 42 in "Gesellschaft" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*
 5. *Es sei die Produktegruppe 51 in "Feuerwehr/Zivilschutz" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*

Daniel Siegenthaler, Präsident der FGPK: Zur Ausgangslage: Das Budget wurde am 12. Oktober 2016 mit dem Auftrag an den Stadtrat zurückgewiesen, für die am Freitag vor der Einwohnerrats-sitzung eingereichten Anträge weitere Informationen zusammenzutragen und in einer Botschaft vorzulegen. In der FGPK ging es darum, die neuen Informationen zu bewerten. Die Organisation sah so aus, dass sich die Kommission zweimal getroffen hat, und zwar am Samstagvormittag, 26. November 2016, und am Dienstag, 29. November 2016. Damit sollte es den Mitgliedern der Kom-mission ermöglicht werden, allenfalls mit den Fraktionen Rücksprache zu nehmen, wenn sie das hätten tun wollen. In der Eintretensdebatte wurde zum Ausdruck gebracht, dass mit der momen-tanen finanziellen Situation niemand zufrieden ist. Je nach politischer Position wurden die Priori-täten bei den Massnahmen auf der Ausgaben- oder auf der Einnahmenseite gesetzt. Die Kommis-sion diskutierte, wie weit ein Kompromiss tragfähig sein könnte, der beide Seiten in einem Gesamtpaket für das Budget 2017 kombiniert hätte. Ein Teil der Kommission hätte sich vorstellen können, Budgetkürzungen mit Steuererhöhungen zu verknüpfen. Es zeigte sich jedoch in der Dis-kussion, dass die Basis für einen Kompromiss nicht ausreichend breit war. In der Kommission wur-de ein Rückweisungsantrag gestellt mit dem Auftrag, es sei ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 97 % vorzulegen. Die Annahme eines Rückweisungsantrags durch den Einwohner-rat würde aber bedeuten, dass das Budget direkt an den Regierungsrat gehen würde. Die Kommis-sion lehnte den Rückweisungsantrag mit 3 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen ab. Die Ablehnung des Rückweisungsantrags wurde unter anderem damit begründet, dass es wichtig sei, dass die Stadt



selber ein Budget beschliesse. Stadtschreiber Daniel Roth informierte die Kommission über das Projekt Leistungs- und Prozessanalyse LUP. Bei diesem Projekt werden alle städtischen Leistungen aufgenommen und die damit verbundenen Prozesse überprüft. Finanzielle Vorgaben gibt es keine. Erfasst werden rund 500 Leistungen mit 3 bis 6 Prozessschritten. Das Projekt wird intern geführt. Die Projektleitung besteht aus dem Stadtschreiber, der Leiterin Finanzen und der Personalleiterin. Sämtliche Leistungen und Prozesse werden hinterfragt. Sofern bei den Prozessen kurzfristige Verbesserungen möglich sind, werden diese direkt und rasch umgesetzt. Im Hinblick auf das Budget 2018 soll dann im April 2017 über den Leistungskatalog diskutiert werden. Die Kommission informierte sich über die Anträge, die von den Parteien SVP, FDP und CVP vor der Budgetdebatte im Oktober eingereicht worden waren. Die Erläuterungen des Stadtrats zu den Anträgen wurden unterschiedlich gewertet. Einerseits wird die Botschaft als nicht zufriedenstellend bezeichnet. Es handle sich eher um eine Rechtfertigung und es bestehe immer noch Einsparpotential. Andererseits wird der Schluss gezogen, dass von den Kürzungsanträgen wenig übrigbleibe. Die Antworten des Stadtrats seien gut begründet und plausibel. Es seien offensichtlich wenige Sparmöglichkeiten vorhanden. In der FGPK wurden die Anträge nicht gestellt. In der FGPK wurden zwei Anträge gestellt, welche bereits in der ersten Budgetdebatte gestellt worden waren. Beim ersten Antrag geht es um die PG 23, Stadtbibliothek: Der Nettoaufwand in der PG 23 sei um 15'200 Franken auf neu 915'000 Franken zu erhöhen. Mit dieser Erhöhung soll die zweite Lehrstelle finanziert werden. Begründet wurde der Antrag damit, es gehe darum, ein Signal auszusenden, dass man trotz Stabilität keine Lehrstellen in Frage stelle. Ein Teil der Kommission kann die Argumentation des Stadtrates verstehen, bildet die Stadt doch schon zahlreiche Lernende aus. Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen dem Einwohnerrat zur Annahme empfohlen. Beim zweiten Antrag geht es um die PG 42, Gesellschaft: Auf die Reduktion der Integrationsstelle um 10 % sei zu verzichten. Der Nettoaufwand der Produktegruppe 42 (Gesellschaft) sei entsprechend um 12'300 Franken zu erhöhen. Begründet wurde der Antrag damit, dass man nicht bei den Deutschkursen sparen solle, da die Sprache eine der wichtigsten Integrationsmassnahmen darstelle. Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen dem Rat zur Annahme empfohlen. Zum Antrag des Stadtrats, das Budget sei mit einem Steuerfuss von 97 % zu genehmigen, wurde folgendermassen Stellung genommen: Ein Teil der ablehnenden Stimmen möchte ein ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhung. Ein anderer Teil der ablehnenden Stimmen findet, dass der vorgesehene Steuerfuss von 97 % zu tief sei. Von den zustimmenden Stimmen wurden unter anderem folgende Argumente genannt: Die Diskussion habe gezeigt, dass gegenwärtig weder die Chance bestehe, eine Steuererhöhung durchzubringen, noch sei ein Spielraum für Sparmassnahmen vorhanden. Deshalb sei der einzige Weg, das vorliegende Budget des Stadtrats zu unterstützen. Das Projekt LUP gehe in die richtige Richtung. Die Zustimmung zum Budget sei nötig, damit die Stadt überhaupt ein Budget habe. Für einen Steuerfuss von 100 % sprachen sich 3 Mitglieder, für einen Steuerfuss von 97 % 7 Mitglieder der Kommission aus. In der Schlussabstimmung empfiehlt die Kommission dem Einwohnerrat mit 6 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen, das Budget 2017 der Einwohnergemeinde Aarau mit einem Steuerfuss von 97 % zu genehmigen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Bei diesem Geschäft liegt ein Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion vor. Ich möchte an dieser Stelle einfach noch sagen, falls der Einwohnerrat diesen Rückweisungsantrag überweist, wird dann das Budget gemäss Gemeindegesetz § 88f Abs. 3 direkt zum Regierungsrat gehen. Ich sage das, damit das allen bewusst ist. Der Rückweisungsantrag lautet wie folgt:



Das Budget 2017 sei an den Stadtrat zurückzuweisen, verbunden mit der Auflage, dieses zu überarbeiten und ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 97 % vorzulegen.

Danièle Zatti Kuhn: Der Stadtrat hat vom Einwohnerrat den Auftrag erhalten, dasselbe Budget noch einmal vorzulegen. Er hat im Bericht vom 14. November 2016 das dann auch in dieser Art und Weise gemacht. Er hat uns dargelegt, dass mit Ausnahme des Betrages für die Sanierung der Aushub- und Kehrrechtdeponie, den es gar nicht braucht, aus seiner Sicht im Budget 2017 kein Sparpotenzial vorhanden ist. Er verweist an vielen Stellen auf das Projekt LUP, welches unter der Federführung des neuen Stadtschreibers läuft und erste Resultate im Budget 2018 zu erwarten sind. Der Stadtrat will offenbar die Frage, ob sich im Budget 2017 noch Sparpotenzial versteckt, hauptsächlich der Verwaltung überlassen. Sie ist beauftragt worden, Stellungnahmen zu diesen Anträgen zu machen. Es steht kein Wort davon, dass dies nur Beispiele gewesen sind und es gibt keinen Auftrag, allfälliges, anderes Sparpotenzial aufzuzeigen. Dass Führungspersonen und Mitarbeitende in der Verwaltung das Sparpotenzial in ihren Bereichen als ausgereizt einschätzen, ist aus unserer Sicht sehr verständlich und nachvollziehbar. Sie setzen sich engagiert und kompetent für ihre Aufgabe ein und kämpfen im Umfeld der knappen Ressourcen zu Recht für ihr Themengebiet. Ich habe selber 15 Jahre in einer Verwaltung gearbeitet und mehrere Sparübungen miterlebt. Wenn kein Rahmen oder klare Vorgaben von oben gegeben werden, sind aus der Verwaltung in diesem Umfang keine Vorschläge zu erwarten. Die Frage der Ressourcenverteilung kann nicht an die Verwaltung delegiert werden, sondern ist eine der wichtigsten Aufgabe der Exekutive. In der heutigen AZ ist ein Interview mit dem Bundeskanzler Walter Thurnherr abgedruckt. Er ist gefragt worden, was ihm die Ausbildung als Physiker heute bringe. Seine Antwort war: "Nicht besonders viel. Höchstens: Als Physiker müssen Sie skeptisch sein und ständig alles infrage stellen. Dieser Ansatz hilft auch in der Verwaltung." Ja genau, das wünschten wir uns vom Stadtrat. Der vorliegende Bericht zeigt keine Infragestellung bezogen auf 2017 auf. Weiter ist Walter Thurnherr gefragt worden, ob ein System von 1848 in einer Welt, die ständig komplexer wird, noch funktionieren würde. Thurnherr sagte: "Ja, ich finde schon. Wäre das System nicht gut, wäre es schon längst geändert worden. Zuerst die Verwaltung zu technischen Fragen konsultieren, dann im Bundesrat eine politische Lösung finden – das bewährt sich auch in einer komplexen Welt." Auch dieser Teil, im Stadtrat die politische Lösung zu finden, fehlt aus unserer Sicht in diesem Geschäft. Als ich mich auf die heutige Sitzung vorbereitet habe, ist mir der Film "The Boss of It All" von Lars von Trier in den Sinn gekommen: Ein IT-Unternehmer ist etwas harmoniebedürftig und weist bei seinen unpopulären Entscheidungen immer auf einen erfundenen Chef in den USA hin. Er kann dann zusammen mit seinen Mitarbeitenden über diesen Boss schimpfen und doch den Vollzug dieser Entscheidung durchsetzen. Schwierig wird es erst, als der Verkauf dieser Firma geplant wird und der künftige Käufer eben den "Boss of It All" an den Verhandlungen und nicht nur ihn als Stellvertreter dabei haben will. Er stellt dann einen arbeitslosen Schauspieler an, welcher dann diesen Boss spielt. In der Politik kann das Parlament die Rolle des "Boss of It All" übernehmen. Aber es braucht eine Exekutive, welche diesen Auftrag dann auch so weitergibt. Eine Reduktion von gut 3 % des Nettoaufwandes ist aus unserer Sicht in Zeiten von knappen Ressourcen machbar. Wo in Aarau heute noch sorglos mit Steuergeldern umgegangen wird, werden wir nachher ja noch in der Budgetdebatte hören. Wie gesagt, sind wir nicht allzu optimistisch, dass unser Rückweisungsantrag angenommen wird. Man hört auch dieses Jahr wieder aus der Verwaltung, dass es zum bekannten Novemberfieber kommt, bei welchem Ende Jahr Geld ausgegeben wird, damit es nicht verfällt und man den Betrag im Budget für das nächste Jahr nicht gefährden muss. Eine Rückweisung ist überhaupt nicht in unserem Sinn. Wir möchten eigentlich konstruktiv mitarbeiten, das haben wir in den vergangenen Jahren aus unserer Sicht auch gezeigt. Ein Teil unserer Fraktion hat



der letztjährigen Steuererhöhung von 3 % zugestimmt und wir haben in diesem Jahr wiederum Anträge für ein ausgeglichenes Budget vorgelegt. Dass man in der Oppositionsrolle, in welcher wir im Moment etwas sind, ein bisschen mutiger ist und auch unangenehme Anträge stellt, gehört aus unserer Sicht auch zum politischen Spiel. Wir haben von Anfang an gesagt, dass es sich bei diesen Anträgen um Ideen und Beispiele handle und dass der Stadtrat auch andere Vorschläge bringen könne. Die Beispiele sind dann aber als fixe Vorgaben behandelt worden und die Verwaltung hat sie mit ihrem Wissen jetzt als unerfüllbare Wünsche abgetan. Es gibt keine Konsensvorschläge und keine noch so kleine Handreichung. Deshalb sehen wir jetzt leider auch keine andere Möglichkeit mehr, als mit einer Rückweisung zu antworten. Es ist uns bewusst, dass die nochmalige Rückweisung des Budgets bedeutet, dass der Regierungsrat darüber befinden wird. Das ist zwar für die Hauptstadt dieses Kantons ein bisschen peinlich, aber vielleicht geht es auch dieses Jahr nicht ohne den "Boss of the Boss of It All".

Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit ist die Debatte über den Rückweisungsantrag eröffnet.

Simon Burger: Das Budget 2017 ist nicht akzeptabel, da waren sich alle einig. Aus diesem Grund hat die SVP bei der letzten Debatte auch die Rückweisung verbunden mit der Auflage, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, beantragt. Leider hat der Einwohnerrat sich nur für eine "Rückweisung Light" entschieden. Das Budget wurde an den Stadtrat zurückgeschickt. Man hat den Stadtrat aber nur aufgefordert, zu den Sparanträgen Stellung zu nehmen. Das Ganze war unverbindlich. Unsere damalige Befürchtung, dass eine solche unverbindliche Rückweisung nichts bringt, hat sich nun leider bewahrheitet. Auf 53 Seiten wird uns erklärt, wieso die Zitrone ausgepresst sei und dass weitere Einsparungen nicht möglich seien. Dabei dürfte jedem klar sein, dass es in einem Budget immer Einsparungsmöglichkeiten gibt. Es braucht einfach den entsprechenden Willen. Das Budget offenbart ein gewisses Scheitern der Exekutive. Es scheint, als fungiere der Stadtrat als Briefträger der Verwaltung und er beschränke sich darauf, die Vorgaben seiner Beamten dem Einwohnerrat zu unterbreiten. Gefragt wäre da mehr politische Initiative. Es war ja schon erstaunlich, dass dem Einwohnerrat überhaupt ein derart unausgeglichenes Budget vorgelegt worden ist. Als fast die Hälfte des Einwohnerrats klare Einsparungen gefordert hat, hätte man die Zeichen erkennen und entsprechend handeln müssen. Eine erneute Rückweisung, wie das die FDP beantragt, wäre darum eigentlich das einzig Richtige: zurück an den Absender. Die SVP wird aber trotzdem nicht für eine Rückweisung stimmen, da die Post eben nicht zurück an den Absender gehen würde. Nach § 88f des Gemeindegesetzes würde im Falle einer zweiten Rückweisung das Budget direkt an den Regierungsrat gehen. Dies wollen wir vermeiden. Das Budget ist nämlich auch das Ergebnis einer unausgewogenen Finanzpolitik der mittlinken Ratsmehrheit. In den vergangenen Jahren wurde jede Gelegenheit genutzt, unnötig Geld auszugeben, indem man sich stets am Wünschbaren, statt am Notwendigen orientiert hat. So erinnere ich z.B. an die Zurlindenvilla oder den Kindergarten Binzenhof, wo man Millionen aus dem Fenster geworfen hat. Auch am heutigen Abend verdeutlicht sich eigentlich das Problem: Bei der Budgetdebatte werden sich alle einig sein, dass die Stadt Aarau ein Problem mit den Finanzen hat und vor einer Stunde wurde ein weiterer Millionenkredit für einen 20-Millionen-Kulturtempel durchgewinkt. Wir sind der Meinung, dass es nun an der Zeit ist, dass die Ratslinke zusammen mit der Mitte aufzeigt, wie sie ihre desaströse Finanzpolitik korrigieren will. Deshalb stimmen für ein Eintreten.

Lukas Häusermann: Die CVP hat ebenfalls grosses Verständnis für den Unmut der FDP. Auch für uns ist es sehr unbefriedigend, dass das Budget offenbar auf der obersten Ebene, dem Einwohnerrat, praktisch nicht mehr beeinflussbar ist, es sei denn, man wolle den Steuerfuss erhöhen. Ich



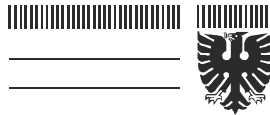
kann mich auch anschliessen, dass wir nicht zufrieden damit sind, was uns der Stadtrat vorgelegt hat, aber ich möchte jetzt da nicht weiter "Stadtratbashing" betreiben. Nüchtern betrachtet ist der Antrag schon eine gewisse Frustration. Wir haben gehört, dass eine Rückweisung bedeutet, dass der Regierungsrat des Kantons entscheiden wird. Er dürfte sich da auf das bestehende Budget abstützen. Der Gewinn wäre also gleich null. Die CVP will sich auch nicht aus dem Dialog verabschieden. Das bedeutet, dass wir mit den anderen Parteien weiter im Dialog bleiben wollen und diese sich hoffentlich auch ein Stück weit verpflichtet fühlen, im Dialog zu bleiben. Wenn wir uns davon verabschieden, so glaube ich, kommt es auch schlecht heraus. Die entsprechenden Anträge für Ausgaben- und Steuerfusserhöhungen sind ja bereits auf dem Tisch. Wir sind aber überzeugt, dass da eine Auseinandersetzung in hegelscher Manier von These und Antithese zu einer tragfähigen Lösung führt. Aus diesem Grund lehnen wir den Rückweisungsantrag ab und sind gespannt, was nachher die Diskussion im Rat bringen wird.

Markus Hutmacher: Mit Interesse, Verwunderung und auch ein wenig Verärgerung verfolgen wir dieses Jahr die Budgetpolitik von unseren bürgerlichen Ratskollegen. Offensichtlich basiert sie auf einer Strategie, welche sich am Refrain des Pippi Langstrumpflieds orientiert: "2 mal 3 macht 4 widewidewit und 3 macht Neune. Ich mach' mir die Welt widewide wie sie mir gefällt." Wenn eine Zwölfjährige gemäss diesem Motto ihr Leben gestaltet, ist das zumindest in der Fiktion erfrischend und für die meisten von uns mit positiven Kindheitserinnerungen verknüpft. Aber leider ist ein städtisches Budget viel profaner und dessen Ergebnis wird von rechtlichen und politischen Sachzwängen geprägt und misst sich somit an der Realität. Entsprechend waren wir im Oktober schon überrascht, dass Vertreter der drei bürgerlichen Fraktionen kurz vor der Einwohnerratssitzung Anträge mit einem Sparpotential von rund 3,5 Mio. Franken aus dem Hut zauberten. Immerhin wird die städtische Finanzpolitik in den letzten Jahren nur noch vom Sparen geprägt und so fanden wir es doch erstaunlich, dass solch grosse Einsparungen, welche erfreulicherweise unser städtisches Defizit in Luft auflösen würden, bis jetzt noch nicht gefunden worden waren. Diese Übereinstimmung von gefundenem Sparpotential und Defizit irritierte uns dann aber schon ein wenig und deshalb unterstützten wir den Rückweisungsantrag von Pro Aarau, damit die Vorschläge auf ihre Plausibilität überprüft würden. Nach dem Vorliegen der stadträtlichen Botschaft sahen wir uns darin bestätigt, dass die Rechen- und Budgetierungskünste unserer bürgerlichen Kollegen auch einer Pippi Langstrumpf alle Ehre gemacht hätten. Die Mehrzahl der vorgeschlagenen Massnahmen war schlicht nicht realisierbar. Die objektiven Gründe für die negative Beurteilung lagen einerseits darin, dass die Vorschläge kontraproduktiv waren und sogar zu Mehraufwand geführt hätten. Andererseits wurden politische oder rechtliche Rahmenbedingungen einfach ignoriert. Selbstverständlich können und sollen in einem Budgetprozess auch Leistungen politisch hinterfragt werden. Trotzdem sollte unsere Politik doch durch ein Minimum von Konstanz und Kohärenz geprägt sein. Im Widerspruch zu diesem Prinzip würden aber durch den Sparantrag zum Beispiel in der Produktegruppe Werkhof die beiden im August 2015 bewilligten Beladerstellen bereits wieder abgeschafft werden. Der Einwohnerrat hat diese Stelle damals mit 49 zu 0 Stimmen einstimmig bewilligt, weil die Arbeit vorher zu anstrengend und gesundheitsschädigend war. Seit August 2015 hat sich weder an den Arbeitsbedingungen noch am Auftragsvolumen der Belader etwas geändert, der Stellenabbau ist also sachlich nicht einmal gerechtfertigt. Zusammenfassend müssen wir festhalten, dass von den vorgeschlagenen Sparanträgen praktisch nichts übriggeblieben ist. Mit dieser Hauruckübung haben sich die bürgerlichen Fraktionen einen Bärendienst erwiesen. Sie haben nämlich bewiesen, dass Einsparungen, wie sie für ein ausgeglichenes Budget notwendig wären, gar nicht möglich sind. Nach dieser Erkenntnis könnte man ja vielleicht etwas daraus lernen. Aber nein, unsere "Pippis" haben herausgefunden, dass das Problem nicht bei ihren untaugli-



chen Vorschlägen, sondern viel mehr an unserem politischen WOSA-System liegen muss. Dieses würde nämlich verhindern, dass der Einwohnerrat überhaupt Einfluss für Verbesserungen auf den Budgetprozess nehmen könne. Mit dieser Behauptung liegen sie aber falsch. Sie blenden dabei aus, dass zum Beispiel die ganzen Stabiloprozesse ebenfalls mit dem WOSA-System durchgeführt worden sind. Wie falsch die Behauptung wirklich ist, belegt auch die Budgetdebatte 2012, bei der mit WOSA zusammen mehr als eine Million an Aufwand durch den Einwohnerrat pauschal gekürzt wurde. Selbstverständlich war dies damals auch einfacher, die Kürzungen erfolgten ja noch vor den beiden Stabulo-Übungen und entsprechend gab es noch mehr Spielraum in den städtischen Finanzen. Leider haben die Meinungsmacher der FDP und SVP auch sonst nichts aus ihrem Oktoberdebakel gelernt. Anders können wir uns nicht erklären, dass von diesen beiden Parteien in der FGPK nicht ein konkreter Abänderungsantrag gestellt worden ist. Unter diesen Bedingungen ist es mit dem besten Willen nicht möglich, eine sachliche Diskussion über realistische Sparvorschläge zu führen oder eine vernünftige Kommissionsarbeit zu leisten. Der formulierte Rückweisungsantrag ist, wie schon gesagt, für den Stadtrat so nicht umsetzbar. Entsprechend ist für uns dieser Rückweisungsantrag eine politische Bankrotterklärung, die FDP verabschiedet sich dadurch definitiv aus der realen Sachpolitik. Die Auseinandersetzung und die Verabschiedung des Budgets sind prinzipielle Aufgabe des Einwohnerrates. Auf jeden Fall hat dieser Antrag aber gezeigt, dass die Ursachen für den momentan schwierigen städtischen Budgetprozess nur ganz marginal mit dem WOSA-System zu tun haben. Weiter fragen wir uns, wie lange die vernünftigen, pragmatischen und verantwortungsvollen Mitglieder dieser Fraktionen dem Treiben ihrer Traumtänzerinnen-Pippis noch zuschauen wollen. Wir denken, sowohl Aarau, wie auch die bürgerlichen Wähler, hätten eine sachlichere und faktenbasierte Politik verdient.

Ulrich Fischer: Das war keine Sternstunde des Einwohnerrates. Die Begrifflichkeit war ja Redundanz oder déjà-vu. Vieles ist doch eigentlich wie im letzten Jahr abgelaufen. Dieses Jahr war deutlich mehr Zeit als 2015 für die Diskussion des Budgets und für die Beschlussfassung vorgesehen, aber das Ergebnis ist angesichts des hohen Zeitaufwandes mehr als dürftig. Eine erste Information des Einwohnerrates gab es am 30. August 2016, trotzdem wurde ein Potpourri von Sparanträgen erst ein Werktag vor der Einwohnerratssitzung am 17. Oktober 2016 vorgelegt. Erwartungsgemäss wurde das Budget zur Prüfung der Sparanträge zurückgewiesen. Und ebenfalls erwartungsgemäss gibt es keinen grossen Spielraum nach Stabulo 1 und 2 und den Bemühungen der Verwaltung um ein schlankes Budget. Aus Sicht unserer Fraktion ist die Überzeugung, dass sich knapp 3 Mio. Franken in der laufenden Rechnung sparen lassen, eben nicht faktenbasiert, sondern beruht auf falschen Annahmen und Irrtümern und führt zur Verschiebung von Kosten in die Zukunft. Es muss sich ja zum Teil auch um eine Projektion handeln. Die Stadträte waren alle Einwohnerräte. Kaum wechseln sie ihren Platz, sind sie nicht mehr fähig, Sparpotenzial zu erkennen. Dem kann ich nicht folgen. Es war eigentlich unsere Erwartung, dass sich angesichts des ernüchternden Resultats der Überprüfung der Sparanträge ein konstruktiver Dialog und ein Kompromiss innerhalb der FGPK entwickeln würden. Die zweite und dritte Lesung der Kommission ergab überhaupt keine neuen Gesichtspunkte. Nach der frustrierenden ersten Einwohnerratssitzung kam aus der Mitte unserer Fraktion von Alexander Umbricht der Vorschlag "Weg mit dem gordischen Knoten". Das fand ich wirklich gut. Wir hätten Sparmassnahmen unterstützt, auch wenn wir politisch nicht begeistert wären. Aber zum Ausgleich des Fiskus hätten wir sie unterstützt, wenn das einen Anstieg auf der Einnahmenseite gegeben hätte. Dieser Mechanismus wäre konstruktiv gewesen, hätten doch die sparbegeisterten Einwohnerräte die Sparvorschläge kritischer vertreten, weil sie mit einer Steuererhöhung verbunden gewesen wären. Auf der anderen Seite hätte Links-Grün-Mitte die politischen Widerstände gegen Sparmassnahmen reduziert, wenn man diese mit einer



Steuererhöhung verbunden hätte. Ich hätte einen solchen Prozess gut gefunden. Es gab aber kein Interesse an einem solchen Kompromiss. Die Überzeugung, dass ausschliesslich ein rigoroser Sparkurs möglich und zielführend ist, hat meines Erachtens Glaubenscharakter angenommen. Die links-grüne Mitte im Einwohnerrat sei verantwortlich für das Defizit oder das unausgeglichene Budget. Ich finde, das stimmt nun wirklich nicht. Wir haben uns für einen Steuerfuss von 100 % eingesetzt und das im Einwohnerrat auch durchgebracht. Es ist dann von den beiden Parteien FDP und SVP nicht getragen worden. Der Rückweisungsantrag der FDP wird von uns nicht unterstützt. Er ist nicht zielführend. Wenn die SVP jetzt 31 Anträge stellt, um 3,3 Mio. Franken einzusparen, ist das angesichts der Vorabklärungen wenig nachvollziehbar. Pro Aarau nimmt für sich in Anspruch, eine Partei der konstruktiven Mitte zu sein. Haben wir uns, respektive unsere Fraktion, bewegt? Wir sind in die Budgetdiskussion eigentlich mit dem Wunsch gegangen, eine deutliche Steuererhöhung auf 105 % zu realisieren, dies aus Sorge um die bekannten Probleme. Unser Vorschlag "Weg mit dem gordischen Knoten" fand kein Interesse. Wir haben das unterstützt und hätten diesen Kompromiss getragen. Wir werden den Antrag der Grünen unterstützen, dass das Budget 2017 mit einem Steuerfuss von 100 % zu genehmigen sei. Das wäre ein gerechtfertigter Kompromiss, da es gar keine effektive Steuererhöhung mehr, sondern eigentlich eine Kompensation von Steuerertragsausfällen ist. Das wird angesichts der politischen Mehrheiten im Einwohnerrat gar keine Chance haben. Uns erscheint es aber wichtig zu betonen, dass ein Steuerfuss von 97 % nicht zielführend ist. Damit werden Probleme nicht gelöst, sondern in die Zukunft verschoben. Wenn wir uns jetzt überlegen, wie wir mit der Rückweisung des Budgets umgehen, so ist zu sagen, dass das vielleicht noch offen ist, wie das weitergehen wird. Wenn wir die Rückweisung des Budgets verhindern wollen, müssen wir ein Budget mittragen, welches wir als nicht sachgerecht beurteilen und was unserem Verständnis vom politischen Auftrag und der Verantwortung als Mitglieder der Legislative widerspricht. Das ist ungut. Ungut ist auch, dass wir in diesem Budgetprozess eigentlich die Chance vertan haben, ein Modell für die Gestaltung eines mehrheitsfähigen Budgets zu schaffen. Wenn wir aus diesem Budgetprozess nichts lernen, was ich fast befürchte, so lässt das nicht viel Gutes für unsere nächste Budgetdiskussion erahnen.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich erlaube mir, ein paar Ausführungen zu machen, welche genereller Art sind, jetzt aber eigentlich am Anfang dieses Rückweisungsantrages stehen. Wir werden uns nachher nicht noch mehrmals zu verschiedenen Punkten äussern. Die Voten, welche wir jetzt hier alle gehört haben, zeigen doch sehr eindrücklich, wie heterogen der Einwohnerrat im Moment ist und wie schwer er sich damit tut, sich zu einem Budget 2017 zusammenzufinden. Ich möchte gerne ein paar grundsätzliche Überlegungen anstellen: Ein Budget ist im Wesentlichen eine Momentaufnahme eines Haushaltes, in diesem Falle des Haushaltes der Stadt Aarau, welche zeigt, mit welchen Mitteln welche Aufgaben im nächsten Jahr erfüllt werden sollen. Diese Aufgaben sind wiederum eine Auflistung und Addition von Verpflichtungen und Bestellungen der Vergangenheit. Es sind Aufgaben, welche wir uns zum Teil selber auferlegen, weil eine Mehrheit sie als notwendig, wichtig oder unerlässlich erachtet für die Entwicklung unserer Stadt. Das Budget 2017 der Stadt Aarau weist einen operativen Verlust von über 3 Mio. Franken auf und das trotz mehrerer Sparrunden. Das ist tatsächlich unerfreulich, auch für den Stadtrat, und es besteht ganz klar auch weiterhin Handlungsbedarf. Mit dem Projekt LUP, welches heute Abend verschiedentlich schon erwähnt worden ist, listet der Stadtrat die Gesamtleistungen der Stadt auf, welche für die Öffentlichkeit erbracht werden. Über diese will der Stadtrat eine politische Diskussion führen und er lädt Sie heute schon ein, sich an dieser aktiv zu beteiligen und einzubringen. Welche Leistungen wollen wir weiterhin erbringen? Auf welchem Standard sollen diese sein? Welche wollen wir nicht mehr oder welche reduziert? Das geht aus Sicht des Stadtrates nicht von heute auf morgen



und schon gar nicht im Rahmen einer einwohnerrätlichen Budgetdebatte. Die Massnahmen dieses Ausmasses sollen sorgfältig geprüft, im Wissen um ihre Auswirkungen beschlossen und ab dem Budget 2018 wirksam werden können. Es sollen also keine Hauruckübungen sein. Ein Budget kann kurzfristig nicht essentiell um grosse Positionen korrigiert und verändert werden, und zwar ganz einfach deshalb, weil bestehende Verpflichtungen, Verträge und laufende Aufgaben und Projekte nicht einfach abrupt gestoppt werden können und weil, in Unkenntnis der Konsequenzen, ungewollter Schaden angerichtet werden kann. Der Einwohnerrat hat die Verantwortung, das Budget zu verabschieden. Je kurzfristiger eine politische Intervention ist, desto weniger kann sie steuern. Je einschneidender ein Kürzungsvorschlag sein soll, desto langfristiger muss er aufbereitet und eingeschätzt werden können, wie eben mit LUP, einer Planungserklärung oder einer WOSA-Motion. Diesen Sachverhalt hat der Stadtrat im breit angelegten Budgetprozess in diesem Jahr wiederholt dargelegt, und zwar schriftlich und mündlich. Ebenso hat sich der Stadtrat beim Budget 2017 dafür engagiert, dass mehr Transparenz und Austausch möglich war. Er hat am 30. August 2016 das Budget an einer separaten Informationsveranstaltung präsentiert. Er hat ein Grundlagenpapier erarbeitet, um die Steuerungsmöglichkeiten mit WOSA aufzuzeigen und hat die Mitglieder des Einwohnerrates zu einem Dialog über WOSA eingeladen. Er hat neu die Möglichkeit geschaffen, dass die Mitglieder der FGPK dem Stadtrat Fragen zum Budget oder dem Budgetprozess stellen konnten. Die Antworten dazu hat er schriftlich zugestellt. Nach der Rückweisung des Budgets hat der Stadtrat gemäss Auftrag des Einwohnerrates Stellung zu den eingereichten Anträgen genommen. Dazu hat er zwei FGPK-Sitzungen eingeplant, damit Anträge aus der ersten Sitzung fundiert aufgearbeitet werden könnten und die Mitglieder des Einwohnerrates eine gute Entscheidungsgrundlage hätten. Es ist bedauerlich, dass dieses Vorgehen nicht zum gewünschten Resultat, nämlich zu einem konsolidierten Budget, geführt hat. Im Gegenteil, wir sind in der zweiten Budgetdebatte nicht weiter als in der Budgetsitzung vom Oktober. Wiederum sind am Freitag vor der Einwohnerratssitzung, praktisch unverändert mit ein paar Anpassungen, Anträge eingereicht worden, welche schon vor der ersten Budgetberatung vorgelegen sind. Schade, dass diese beiden FGPK-Sitzungen nicht genutzt worden sind, um diese Anträge dort zu stellen, damit sie in der doch sehr wichtigen, vorbereitenden Kommission des Einwohnerrates hätten behandelt und für die Entscheidungsfindung im Einwohnerrat hätten vorberaten werden können. Wiederum wird ein Rückweisungsantrag gestellt, welcher im selben Wortlaut ist wie jener, welchen der Einwohnerrat hier im Saal im Oktober abgelehnt hat. Zu dieser Begründung erlaube ich mir noch zwei oder drei Bemerkungen: Der Stadtrat hat hinlänglich erklärt, weshalb er davon absieht, dass das Budget 2017 kurzfristig um bedeutende Positionen gekürzt werden sollte. Der Rückweisungsantrag, welcher überwiesen worden ist, hat einen ganz klaren Auftrag an den Stadtrat beinhaltet und das hat nichts mit Buchstabentreue zu tun, sondern es ist einfach die Pflicht des Stadtrates, einen Antrag, der überwiesen worden ist, zu erfüllen. Der Stadtrat hat sich auch ernsthaft mit diesem Anliegen auseinandergesetzt. Er hat sehr viel Aufwand für dieses Geschäft betrieben. Die einzelnen Anträge sind so aufbereitet worden, wie es gewünscht worden ist und so, dass die Möglichkeit besteht, dass der Einwohnerrat im Wissen um die Konsequenzen einzelne Anträge tatsächlich erneut stellen und beschliessen kann. Es ist schwierig zu verstehen, dass es in diesem Sinne eine Wiederholung war, wie wir das bei der ersten Budgetdebatte schon erlebt haben und es ist auch schwierig zu verstehen, dass die zwei FGPK-Sitzungen nicht gewinnbringender genutzt werden konnten. Eine Rückweisung oder ein allfälliges Nein zu diesem Budget kann zwar den Parteien Publizität bringen oder sie auch in ihrem Wahlkampf unterstützen, das ist zweifellos so. Der Stadt Aarau bringt diese Haltung aber rein gar nichts. Ein Budget zu erarbeiten und zu verabschieden gehört zu den ureigensten Verpflichtungen des Stadtrates und des Einwohnerrates. Sowohl bei einer Rückweisung als auch bei einer Ablehnung des Budgets würde das Budget, wir



haben es gehört, dem Regierungsrat überlassen werden und wir finden, dass das ein Armutszeugnis wäre. Die SVP fordert pauschale Kürzungen in allen Produktgruppen. Die Anträge entsprechen im Wesentlichen dem Begehren, welche bereits auf die erste Budgetlesung hin gestellt worden sind. Obwohl die Reduktionsanträge gesamthaft "nur" 4,2 % des Sach- und Personalaufwandes ausmachen, sind sie für die einzelnen Produktgruppen einschneidend. Sie nehmen keinen Bezug auf Leistungen, welche ebenfalls zu kürzen wären. Der Stadtrat hat in seiner Botschaft ausgeführt, dass der Sachaufwand bereits mehrmals pauschal gekürzt worden ist. Diese Auflistung finden Sie auf der Seite 2 des Geschäftes. Wir starten also nicht auf einer grünen Wiese, wo eine Kürzung um ein paar Prozente einfach so leicht verkräftet werden könnte. Praktisch in allen Produktgruppen sind im Sachaufwand gebundene Ausgabepositionen wie Mieten oder sonstige Verpflichtungen enthalten, welche es braucht, damit die Aufgaben erfüllt werden können. Da diese Ausgaben fix sind, müssten die anderen Positionen, in der Regel der Personalaufwand, überproportional gekürzt werden. In der Produktgruppe 40 sind beispielsweise beim Sachaufwand die Kosten für die Büromiete und die gesetzlichen Kosten für Heimplatzierungen enthalten. Die geforderte Einsparung von 200'000 Franken würde somit bedeuten, dass zwei Stellen abgebaut werden müssten. Soviel zu diesen Ausführungen. Ich komme zum Schluss: Das Budget 2017 ist in der jetzigen Situation und mit dieser Ausgangslage aus der Optik des Stadtrates eine Art Kompromiss. Diesen legt Ihnen der Stadtrat vor und er lädt Sie ein, das Budget so, wie es vorliegt, zu unterstützen. Er möchte Ihnen auch beliebt machen, sowohl die Anträge der SVP wie auch diejenigen der SP und der Grünen abzulehnen, wie auch die Rückweisung der FDP.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

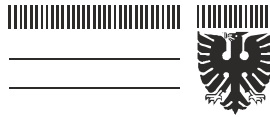
Abstimmung über den Rückweisungsantrag der FDP:

Der Rückweisungsantrag der FDP:

Das Budget 2017 sei an den Stadtrat zurückzuweisen, verbunden mit der Auflage, dieses zu überarbeiten und ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 97 % vorzulegen

wird mit 38 Nein-Stimmen gegen 10 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit kommen wir zur ordentlichen Debatte über das Budget 2017. Bei diesem Geschäft liegen zwei Anträge der FGPK, 31 Anträge der SVP zu Kürzungen in den Produktgruppen, ein Antrag der SP zur Produktgruppe 41, Freiwillige Sozialarbeit, zu welchem Sie heute Abend noch ein neues Papier erhalten haben und ein Antrag der SP zur Produktgruppe 42, Gesellschaft, vor. Vielleicht haben es nicht alle gesehen, aber heute Nachmittag ist noch ein Antrag der SVP eingegangen. Im Budget ist eine Lohnerhöhung von 0,5 % eingerechnet. Mit dem Antrag der SVP soll diese Lohnerhöhung gestrichen werden. Diesen Antrag werden wir am Schluss stellen. Zudem liegt uns ein Abänderungsantrag der Grünen zum Steuerfuss von 100 % vor. Ich erwähne das alles, damit Sie einmal eine Übersicht haben. Ich werde sämtliche Anträge vorlesen, wenn wir die einzelnen Produktgruppen durchgehen. Wir führen nun die Diskussion generell zu sämtlichen Anträgen durch. Nachher gehe ich einzeln durch jede Produktgruppe des Budgets durch und dabei kommen die verschiedenen Anträge dann zur Abstimmung. Wer will, kann dann natürlich in den einzelnen Produktgruppen noch einmal eine Wortmeldung machen. Somit eröffne ich nun die Diskussion.



Simon Burger: Die SVP hat in allen Produktgruppen Kürzungen beantragt. Damit diese Sitzung irgendwann ein Ende findet, erlaube ich mir, so wie es jetzt auch vorgesehen ist, über alle Kürzungsanträge gesamthaft zu referieren. Da ich bekanntlich pro Antrag 10 Minuten zur Verfügung habe und es sich um 31 Einzelanträge handelt, habe ich damit 310 Minuten oder 5 Stunden zur Verfügung. Sie können es sich also bequem machen. Aber im Ernst: Die Stadt Aarau hat ein ernstes Problem mit den Finanzen. Für das Jahr 2017 ist ein Finanzloch von 3,1 Mio. Franken budgetiert und dieses Defizit wird bis zum Jahr 2021 auf 5 Mio. Franken anwachsen. Dramatisch ist es auch bei den Investitionen. Die Selbstfinanzierung beläuft sich auf rund 11 Mio. Franken und geplant sind jährliche Investitionen von bis zu 50 Mio. Franken. Mit anderen Worten wird der Schuldenberg alleine in den nächsten 5 Jahren um rund 70 Mio. Franken anwachsen, was dazu führt, dass das heutige Vermögen bis ins Jahr 2022 weitgehend verpulvert sein wird. So kann es unseres Erachtens nicht weitergehen. Die Stadt Aarau hat ein kurzfristiges und ein langfristiges Problem. Kurzfristig müssen wir die Erfolgsrechnung ausgleichen und das Defizit eliminieren. Mittel- und langfristig müssen wir die Investitionen wieder in den Griff kriegen. Das vorgelegte Budget weist wie gesagt ein Defizit von 3,1 Mio. Franken aus. Mit den von der SVP beantragten Kürzungen von durchschnittlich 3 % des Nettoaufwandes kann die Rechnung wieder ausgeglichen werden. Für uns ist völlig klar, dass jede Budgetkürzung für die Betroffenen ärgerlich ist. Angesichts der miserablen Finanzlage müssen wir aber den Gürtel enger schnallen. Unsere Kürzungsanträge entsprechend im Schnitt 3 % des Aufwandes. Dies erscheint uns vertretbar. Dabei ist es Sache des Stadtrates zu entscheiden, wo genau er das Budget kürzen will, ob beim Personal, beim Sachaufwand oder beim Transferaufwand. Der Einwohnerrat beschliesst bekanntlich das "Was", und der Stadtrat befindet als ausführende Behörde über das "Wie". 3 % sind wie gesagt zumutbar. So ergibt sich aus den Zahlen des Bundesamtes für Statistik, dass die jährliche Fluktuation beim Staatspersonal zum Beispiel 5,9 % bebeträgt. So könnte also alleine durch einen Einstellungsstopp ein namhafter Betrag gespart werden. Doch auch beim Sachaufwand oder beim Transferaufwand sind Einsparungen im einstelligen Prozentbereich immer machbar. Voraussetzung ist allerdings, dass das Wünschbare vom Notwendigen getrennt wird. Hier ist Führungsverantwortung des Stadtrates gefragt und eben nicht die Mentalität "morgen, morgen, nur nicht heute". Wir müssen Nägel mit Köpfen machen. Die vorliegenden Anträge der SVP decken sich nicht in allen Punkten mit dem ursprünglichen Vorstoss der Bürgerlichen. Dies hängt damit zusammen, dass wir die Stellungnahme des Stadtrates berücksichtigt haben. Zudem sind wir auch der Meinung, dass in allen Produktgruppen gekürzt werden sollte, dies aus Gründen der Solidarität beziehungsweise Opfersymmetrie. Bei den Produktgruppen 46, 63 und 72 sollen auch Kürzungen vorgenommen werden. Dies wirkt sich zwar nicht unmittelbar auf die Erfolgsrechnung aus, mittelbar aber sehr wohl. Bezüglich des Kulturbereichs nehmen wir die Ausführungen des Stadtrates zur Kenntnis, wonach die ursprünglich beantragte Plafonierung auf 1 Mio. Franken mittels WOSA-Motion eingereicht werden müsse. Einsparungen über 100'000 Franken, so wie wir das jetzt beantragen, sollten aber auch im Bereich des Machbaren sein. Insgesamt gehen wir wie gesagt davon aus, dass man in diesem Budget weiter sparen kann. Dass es noch Potential hat, zeigt ja auch, dass der Stadtrat die Leistungs- und Prozessüberprüfung in Angriff genommen hat und eben auch davon ausgeht, dass durchaus noch Sparpotential vorhanden ist. Gut versteckt in den Erläuterungen zum Budget findet sich auch der Hinweis, dass eine generelle Lohnerhöhung von 0,5 % vorgesehen ist. Die SVP ist da klar der Meinung, dass das Personal wertvolle Arbeit leistet. Angesichts der aktuellen Finanzlage und zumal die Teuerung negativ ist, erscheint eine Lohnerhöhung aber als nicht opportun. Wir beantragen daher im Sinne eines Eventualantrags, diese Erhöhung zu streichen. Wir möchten auch unser Erstaunen zum Ausdruck bringen, dass dem Personal im Jahr 2016 zusätzliche Ferientage gewährt



worden sind, obwohl der Einwohnerrat dies anlässlich der letzten Budgetdebatte klar abgelehnt hat. Dies zeigt auf der anderen Seite aber auch, dass sehr wohl noch Einsparpotential vorhanden ist. Ist es nämlich möglich, die ganze Belegschaft in die Ferien zu schicken, sind offenbar noch genügend Ressourcen vorhanden. Einsparungen sind also möglich und auch nötig.

Petra Ohnsorg: Die Lebensqualität unserer Stadt hat bei der heutigen Budgetdebatte erneut einen kleinen Stellenwert. Im Fokus steht ein weiteres Mal das Sparen, das Erhöhen von Gebühren und der Abbau von Leistungen. Wir Grünen sind der Meinung, dass dies eine sehr kurzfristige Sichtweise mit langfristigen Folgen ist. Es ist zu befürchten, dass das Aarauer Maienzuglied in Zukunft etwa so tönen wird: "D'Gibel vo der Altstadt, s' Naturama (Pause), das isch Aarau eusi Stadt (Pause), Kino (Pause), d' Keba, d' Rönnbahn (Pause), Fuessball (Pause), ond no meh het eusi Stadt." Eine Gemeindefinanzstatistik, die vom Kanton Aargau 2012 publiziert wurde, zeigt Folgendes auf: Im Jahr 1975 lag der durchschnittliche Gemeindesteuerfuss im Aargau über 130 %. Danach sank er kontinuierlich, bis 2012 auf 103 %. Seither steigt er langsam wieder an, und bereits im Jahr 2014 haben 15 Gemeinden ihren Steuerfuss erhöht. Wir haben heute Abend einmal mehr die Wahl: Wir können diesen Trend verleugnen. Dann opfern wir die Stärken, Qualitäten und Identifikationsmerkmale unserer Stadt langsam und stetig der Sparwut. Werte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der rechten Ratshälfte: Vergleichen wir doch Aarau einmal mit einem Auto. Bis jetzt sind wir ein robustes Modell von guter Qualität gefahren, eher eines europäischen Herstellers, vielleicht einen Volvo Kombi oder so etwas Ähnliches. Wir Grünen hätten natürlich am liebsten einen Tesla, aber es ist uns ja auch klar, dass das im Moment nicht opportun ist. Die Ratsrechten hingegen wollen den bewährten Volvo mit einem Dacia, made in Rumänien, ersetzen. Kurzfristig ist das sicher günstig, mittelfristig wird es mit diesem Dacia aber sicher teurer in Betrieb und Wartung werden. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass im SRF Regionaljournal kürzlich berichtet wurde, dass die Oltenener Stadtverwaltung wegen ihren unattraktiven Rahmenbedingungen beim Personal grosse Probleme habe, qualifiziertes Personal zu finden, und das in allen Sparten. Hand aufs Herz: Würden Sie sich privat, mit einem millionenschweren Vermögen im Rücken, wirklich für das Billigmodell entscheiden? Für uns Grüne kommt das nicht in Frage. Deshalb wollen wir weiterhin einen soliden Mittelklassewagen, vorzugsweise mit einem Hybridmotor, fahren. Und wir sind auch überzeugt, dass Aarau sich dies leisten kann. Erlauben Sie mir ein Beispiel: Wenn die Steuern um volle 10 % erhöht werden, bezahlt eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 71'000 Franken lediglich 280 Franken mehr. Mit dem neuen Gebührenreglement der Musikschule bezahlt dieselbe Familie für den Musikunterricht eines Kindes zusätzliche 365 Franken im Jahr. Die Erhöhung der Musikschulgebühren kommt diese Familie also deutlich teurer zu stehen als eine Steuererhöhung von 10 % und dabei wird ja nicht nur der Musikunterricht teurer. Umso stossender ist es, weil die Erhöhung der Musikschulgebühren gerade mal 120'000 Franken in die Stadtkasse spült, die Steuererhöhung von 10 % hingegen zusätzliche 6 Mio. Franken bringen würde. Die rechte Sparpolitik ist aus unserer Sicht nicht nur unsolidarisch, nein, sie verschaukelt die Bevölkerung und benachteiligt einmal mehr die Einkommensschwächeren. "The survival oft he fittest" nennt man das in der Evolutionstheorie. Soll dieses Gesetz wirklich in unserer Stadt gelten? Nein, finden wir von den Grünen und deshalb haben wir in den letzten Budgetdebatten regelmässig klare Erhöhungen des Steuerfusses beantragt. Heute beschränken wir unsere Forderung auf 3 %, in der Hoffnung, dass diese auch von der SP mitgetragen wird, denn die Bevölkerung hat im letzten Jahr Ja zu einem Mehrertrag von 2 Mio. Franken über die Steuern gesagt. Das hätte letztes Jahr einem Steuerfuss von 97 % entsprochen. Angesichts der kantonalen Senkunten braucht es heute aber 100 %, um diese 2 Mio. Franken an Mehrertrag zu erreichen. Tiefer als 100 % dürfen wir also aus unserer Sicht nicht fallen. Wir haben eingangs das



Aarauer Maienzuglied gehört. Dieses bereitet mir und vielen anderen immer am ersten Freitag im Juli Hühnerhaut. Wir sind dann einmal mehr stolz, in Aarau zu Hause zu sein. Das Lied gibt einen kleinen Ausschnitt von dem wieder, was Aarau so lebens- und liebenswert macht – die Lebensqualität unserer Stadt. Wir stellen heute Abend ein weiteres Mal die Weichen, in was für einer Stadt wir leben möchten. Wie wichtig sind uns unsere Schulen, unsere Verwaltung, unsere Infrastruktur und unsere öffentlichen Einrichtungen? Wie wichtig ist uns die Kultur, der Sport, sind uns unsere Freizeitangebote und unsere Traditionen? Wie wichtig ist uns eine Stadt mit einer grossen Lebensqualität? Und was ist uns diese Lebensqualität wert? Die Antwort von uns Grünen ist klar: Wir möchten, dass das Aarauer Maienzuglied auch in Zukunft gültig ist, insbesondere die letzte Strophe: "Z'Aarau cha mer läbe, z' Aarau cha mer's schön ha, z' Aarau cha mer immer, immer gärrn deheime sii." In diesem Sinne werden wir alle Sparanträge ablehnen und das vorliegende Budget, abgesehen vom Steuerfuss, unterstützen. Ich habe hier auch im Namen von Susanne Klaus gesprochen.

Lukas Häusermann: Vielleicht noch aus der ganzen Debatte: Wahrnehmung ist Realität. Oder Realität ist eben Wahrnehmung. Ich glaube, das ist etwas der Punkt. Natürlich kann man dann den Leuten vorwerfen, sie seien wie die Pippi Langstrumpf in einer etwas komischen Realität, aber Pippi Langstrumpf hat es als sehr realistisch empfunden, was sie erlebt hat. Insofern ist es auch spannend, mit anderen Menschen zu sprechen, wie sie die Realität sehen und ich denke, schlussendlich muss man dahin kommen. Für uns bleibt eigentlich nach wie vor die Aufforderung an den Stadtrat, und das möchte ich jetzt gleichwohl noch sagen, zukünftig ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Ich glaube, das ist die Nummer eins und steht auch an vorderster Stelle, damit wir hier im Rat eine etwas einfachere Debatte hätten. Als Nummer zwei werden wir versuchen, dem Projekt LUP, welches schon oft erwähnt worden ist, aber niemand ausser vielleicht der Stadtrat und die Verwaltung so genau weiss, was sich dahinter versteckt, mit WOSA-Motionen einen gewissen Rahmen zu geben, damit die Verwaltung auch weiss, was der Einwohnerrat oder zumindest ein grosser Teil des Einwohnerrates erwartet. Als ich hörte, dass das Projekt LUP ohne finanzielle Ziele gestartet worden ist, war ich etwas skeptisch, und zwar wie Herr Turnherr, so habe ich das heute gelernt. Skeptisch sein ist gut, das finde ich auch. Ich bin da skeptisch geworden. Wenn man kein Ziel hat, ist es schwierig, eine Leistungs- und Prozessanalyse oder -prüfung zu machen, welche nachher auch eine gewisse Aussagekraft hat. Wenn ich das sage, dann kann man auch daraus schliessen, dass wir dem Stadtrat insofern Recht geben werden, dass man hier die Anträge von Seiten der SVP nicht vollständig unterstützen kann. Wir sehen ein, dass da auch ein gewisses Missverständnis von unserer Seite her vorgelegen hat. Wir werden aber dort die Anträge unterstützen, wo wir das Gefühl haben, das könne kurzfristig umgesetzt werden. Wir werden also WOSA-Motionen auszuarbeiten und einzureichen versuchen, und zwar dort, wo wir denken, dass Sachen effizienter gemacht werden könnten. Dann können wir auch darüber entscheiden, wo wir diese Mittel wieder einsetzen möchten. Als dritten Punkt werden wir heute auch Kürzungsanträge unterstützen. Selbstverständlich, so kann man schon fast sagen, werden wir die Anträge auf Erhöhung des Aufwandes nicht unterstützen. Ich verstehe ehrlich gesagt auch nicht, dass man dort, wo man der Verwaltung einen Auftrag gegeben hat und ihnen auch vertrauen müsste, dass sie den Aufwand dort reduzieren, wo es wirklich auch am Sinnvollsten ist, nachher kommt und sagt, das wolle man jetzt nicht und sie können das Geld jetzt dennoch haben. Es ist halt schon so, dass 3 % das Problem nicht löst. Das ist wohl allen klar hier im Saal. Wir sprechen von 1,5 Mio. Franken, wenn wir auf einen Steuerfuss von 100 % hinaufgehen würden, und zwar bei einem Fehlbetrag von 3 Mio. Franken. Da müssen wir den Aufwand noch weiter reduzieren. In meiner Realität ist das einfach gegeben, abgesehen davon, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bereits



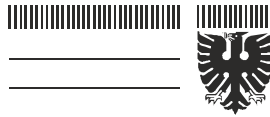
im letzten Jahr Nein zu 100 % gesagt haben. Ich glaube, sie machen auch nicht die Unterscheidung der Steuerfusserhöhungen in Prozenten und in absoluten Werten. Der Stimmbürger hat einfach Ja zu 97 % gesagt und ist davon ausgegangen, dass wir damit auf Zusehen hin einmal durchkommen und nicht zu einer Steuersubstraterhöhung von 2 Mio. Franken. Insofern werden wir also den erneuten Antrag auf Steuerfusserhöhung nicht unterstützen. Wir müssen auch sagen, dass wir wirklich Mühe damit hätten, wenn man ein Jahr später noch einmal versuchen würde, mit diesen 100 % zu kommen. Wir haben Vertrauen in die Verwaltung, vor allem in die Projektleitung des Projektes LUP, dass wir hier für das neue Budget 2018 dann effektiv ein ausgeglichenes Budget sehen werden. Da es noch ein Wunsch war, dass man sich zu allen Anträgen äussere, vielleicht noch speziell zu dem der SP bezüglich FuSTA: Auch wir finden es richtig, hier noch einmal einen Antrag zu bringen. Wir können aber auch gut damit leben, dass man jetzt so budgetiert, also die 98'000 Franken reduziert hat. Aber wir erwarten hier auch vom Stadtrat, dass wir hier noch einmal aufgeklärt werden, was das genau bedeutet und wie die Situation in den einzelnen Institutionen aussieht, welche FuSTA anbieten. Ich denke, das sind wir auch ein Stück weit der Sachpolitik schuldig. Soweit die Ausführungen der CVP. Allenfalls werde ich dann zu den einzelnen Anträgen trotzdem noch etwas sagen, aber das wäre so in etwa unsere Marschrichtung.

Oliver Bachmann: Zuerst einmal einen herzlichen Dank an den Stadtrat und die Verwaltung für den Grossaufwand und den doppelten Aufwand, welche sie da in diesem Jahr für uns leisten mussten. Wir haben es vermutet, konnten es aber in der kurzen Zeit, die uns vor der Budgetsitzung im Oktober verblieb, nicht abschliessend überprüfen: Die Abbauvorschläge von SVP und Co. haben, wir haben es heute Abend schon einige Male gehört, weder Hand noch Fuss – leider. Statt zu sparen, haben die Bürgerlichen in den letzten zwei Monaten die Ressourcen der Verwaltung gebunden und damit Kosten verursacht. Das sind Kosten, welche die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler tragen müssen. Wenn jetzt die Bürgerlichen behaupten, das Problem liege einfach bei der Verwaltung und dem Stadtrat, so ist das eine faule Ausrede. Es ist ein zum Scheitern verurteilter Versuch, die eigenen, mangelhaften Abbauideen in ein einigermaßen gutes Licht zu rücken, oder, wie es der Staatsanwalt sagen würde, eine reine Schutzbehauptung. Die SP-Fraktion hat den Stabulo-Prozess immer mitgetragen und die Massnahmen unterstützt, soweit diese irgendwie verhältnismässig waren – und sie hat dabei manche Kröte geschluckt. Auch wir bejahen Kostensparnisse durch eine Steigerung der Effizienz, beispielsweise bei der Verwaltung. Wenn es aber um einen Abbau oder Kahlschlag von sinnvollen Leistungen zu Gunsten der Aarauerinnen und Aarauer geht, sind wir nicht bereit, das weiter mitzumachen, solange Aarau auf einem feudalen Steuerfuss deutlich unter dem kantonalen Schnitt sitzen bleibt und sich diesen leistet. Unsere Kompromissbereitschaft ist von den Bürgerlichen in den letzten Monaten jäh zurückgewiesen worden. Wir hätten den Vorschlag von Alexander Umbricht bezüglich der Durchbrechung des Gordischen Knotens gerne diskutiert. Leider war das nicht möglich. Bei uns entstand der Eindruck, als seien gewisse Kreise gar nicht an einer Lösung interessiert. Wir sind nun schon seit einiger Zeit daran, die städtischen Finanzen der Stadt hier im Einwohnerrat wieder in Ordnung zu bekommen. Es ist deshalb auch an der Zeit, die Wirkung unseres Handelns zu prüfen. Profitiert die Bevölkerung von den Massnahmen, also zum Beispiel davon, dass der Steuerfuss nicht auf 100 % erhöht worden ist? Wir haben ein ähnliches Beispiel schon gehört, aber ich wage es trotzdem, denn hie und da ist es gut, wenn man Sachen auch zweimal hört: Meine Beispielfamilie hat ein steuerbares Einkommen von 80'000 Franken. Das ist ein relativ hohes Einkommen. Das Bruttoeinkommen ist somit also noch deutlich höher. Diese Familie spart dank dem Einsatz der bürgerlichen Parteien pro Jahr Fr. 101.30. Bravo. Aber nur schon die Gebührenerhöhungen bei der Musikschule kostet diese Familie mit zwei Kindern einige hundert Franken, und dies bei notabene kürzerer Lektionsdauer. Es kom-



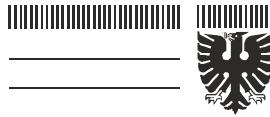
men Gebühren für die Stadtbibliothek, höhere Gebühren für die Kita usw. dazu. Tatsache ist, dass die SVP, welche fälschlicherweise behauptet, sich für den Mittelstand einzusetzen, dem Mittelstand von Aarau schadet. Tatsache ist, dass die FDP, welche gerne über Chancengleichheit spricht, der Chancengleichheit in Aarau schadet. Und Tatsache ist, dass die CVP, welche sich gerne Familienpartei nennt, den Familien in Aarau damit geschadet hat. Es kann unter dieser Beweislast niemand bestreiten, dass die in diesem Moment bürgerlich diktierte Finanzpolitik wenigen, gut verdienenden Personen nützt und vielen schadet. Die SP-Fraktion hält an ihrem Ziel fest, die städtischen Finanzen ins Lot zu bringen, ohne dabei unseren Bewohnerinnen und Bewohnern und der Stadt Aarau zu schaden. Sie setzt auf ausgewogene Massnahmen, welche auf allen Seiten ansetzen. Das bedeutet für heute, dass wir das Budget des Stadtrates inklusive des vorgeschlagenen Steuerfusses mittragen werden. Nach der kleinen Steuererhöhung im letzten Jahr, und das soweit die Antwort an die Grünen, gönnen wir der Stadt Aarau eine Verschnaufpause. Aber den feudalen Steuerfuss von 97 % werden wir uns mittelfristig nur noch dann leisten können und wollen, wenn dies nicht auf Kosten einer gesunden Stadt geht, was es im Moment immer mehr tut. Zwei Beispiele, bei denen es um einen Abbau für die Bevölkerung geht und welche mehr schaden, als nützen, werden wir Ihnen heute noch darlegen und entsprechende Anträge auf Verzicht der Kürzungen stellen. Das Budget 2017 ist kein grosser Wurf, aber im Moment ist leider nicht mehr möglich und das liegt auch an uns hier im Einwohnerrat.

Martina Suter: Als Pippi Langstrumpf bezeichnet zu werden, finde ich eigentlich fast etwas sympathisch, da diese Figur für Kreativität, Unkonventionelles und jugendliche Frische steht. Die FDP trägt mehrheitlich eine Steuerfusserhöhung um 3 % mit – dies war unser Beitrag im letzten Jahr. Im Gegenzug ist uns ein ausgeglichenes Budget 2017 versprochen worden. Das waren nur leere Worte, wie sich heute zeigt, denn es wird uns ein Defizit von über 3 Mio. Franken vorgelegt. Dass wir damit unmöglich zufrieden sein können, liegt ja auf der Hand, auch wenn das Stadtpräsidium uns nun den Schwarzen Peter zuschieben möchte, wie wir vorhin gehört haben. Wir haben uns an die Arbeit gemacht und konstruktiv nach Lösungen gesucht. Leider hat der Stadtrat aber das politische Zeichen ignoriert und auf WOSA verwiesen, auf ein System ohne griffige Steuerungselemente für den Einwohnerrat. Und wer das verkannt, hat wohl die Diskussion vor allem in der Präsidialkonferenz nicht ganz aufmerksam verfolgt. Für diesen Budgetprozess wird sich nichts mehr ändern lassen. Im neuen Jahr werden wir das Thema aber umgehend aufgreifen und mit diversen Vorstössen das Problem angehen. Die Begründungen zu den rund 20 Anträgen der Bürgerlichen vom Oktober sind denn auch eher durch eine konsequente Abwehrhaltung als durch eine konstruktive Prüfung geprägt. Wir hören, dass in der Verwaltung davon ausgegangen wird, dass die Personalkosten fixe Aufwendungen seien. Warum ist das so? Wer solche Aussagen macht, der verkennet, dass die Verwaltung keine geschützte Werkstatt sein sollte, um ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Dazu passt, dass beim Stadtbüro eine Aufstockung der Stellen beantragt wird mit der Begründung zunehmender Gesuche und Anfragen. Aber dass E-Government ernsthaft geprüft worden sei, um aufwändige und nicht ganz neuzeitliche Abläufe allenfalls zu optimieren, war anscheinend keine Option. Und so werden wir immer wieder auf LUP vertröstet. Doch welcher Erfolg lässt sich erzielen, wenn keinerlei finanzielle Vorgaben gemacht werden? Der diesjährige Budgetprozess hat gezeigt, dass verständlicherweise von der Verwaltung keine freiwilligen Vorschläge für Reduktionen zu erwarten sind. Wir fordern deshalb vom Stadtrat, den LUP-Prozess auch jetzt noch mit einer Vorgabe zu verknüpfen, damit das Ganze nicht zur Alibiübung verkommt. Mit dem Bericht zu den bürgerlichen Anträgen wurde uns vermittelt, dass keinerlei Sparpotential bestehe. Einige wenige Beispiele aus der Praxis lassen daran Zweifel aufkommen. Beim Tiefbau beispielsweise hat man den Eindruck, dass dringend nach Aufträgen gesucht wird, um das



Team auszulasten, siehe Herzogplatz. Und dann kann ich gleich noch eine persönliche Erfahrung aus diesem Herbst mit Ihnen teilen: Die Zelglistrasse wird aufgerissen, um die Leitungen zu verlegen. So wird das auch am angrenzenden Hebelweg gemacht, wo ich bis vor kurzem gewohnt habe. Auf einmal sind alle Strassenlampen entfernt und neue Löcher an neuen Stellen gebohrt worden. Es konnte mir kein Grund gesagt werden, warum neu eine zusätzliche Lampe gesetzt werden musste, was die Neuplatzierung sämtlicher Lampen verursachte. Einen Tag später erhielt ich zudem einen Telefonanruf vom zuständigen Projektleiter, der mir mitteilte, dass die Randsteine, welche von meinem Grundstück an den Hebelweg grenzten, ersetzt werden mussten. Der Grund war, dass sie nicht genau gleich aussahen wie diejenigen, welche von der Stadt neu daran verlegt wurden. Aber selbstverständlich werde mich das Auswechseln dieser Steine nichts kosten, das werde von ihnen übernommen. Der Arbeiter vor Ort meinte dann nur, dass er bald täglich neue Anleitungen erhalten würde, was mit grossen Kostenfolgen verbunden sei. Er verstehe das Vorgehen selber nicht mehr. Aber hoffen wir, dass das jetzt nur ein Einzelfall war. Ein anderes Beispiel ist die Wirtschaftsförderung, bei welcher ja in diesem Bericht Doppelspurigkeiten zu aarau info verneint worden sind. Schaut man die Info-Präsentation der städtischen Fachstelle jedoch genau an, dann findet man unter anderem den Hinweis der Zuständigkeit des Wirtschaftsförderers für den Kontakt zu Aargau Tourismus. Aber genau das ist die Aufgabe von aarau info. Dann vielleicht noch ein drittes Beispiel mit der Spitex: Die städtischen Ausgaben für die Spitex erhöhen sich für 2017 um rund 120'000 Franken, also etwa 10 %. Begründet wird diese massive Erhöhung mit der Zunahme des Bedarfs. Ich arbeite selber in einer sozialen Organisation mit fast identischem Organisationsmodell. Für mich ist diese Forderung nicht nachvollziehbar, respektive ist für mich Ausdruck dafür, dass auch Optimierungsvorschläge, welche aus dem Stabulo-Prozess eingeflossen sind, nicht ernst genommen wurden. Dort wird der Spitex nämlich einiges an Optimierungspotential attestiert. Wenn aber die Stadt den Geldhahn einfach weiter aufdreht, braucht es keinerlei Anstrengungen, das Geschäftsmodell den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Das sind nur einige wenige Beispiele, die aufzeigen, dass sehr wohl Optimierungspotential vorhanden ist. Daher werden wir diejenigen Anträge der SVP unterstützen, die wir in der ersten Runde miteingereicht haben. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass eine Reduktion des gesamten Aufwandes um rund 3 % gut umsetzbar ist. Das zeigen auch diverse Sparrunden in anderen Verwaltungen und in der Wirtschaft. Eine Optimierung ist nicht per se schlecht, wie uns von der Ratslinken immer wieder weis gemacht wird, denn es gibt viel Potential, um die Aufwandseite zu reduzieren, ohne dass die Bevölkerung von einem spürbaren Leistungsabbau betroffen ist.

Alexander Umbricht: "Es stimmt, dass Geld nicht glücklich macht. Allerdings meint man damit das Geld der anderen." Dies ist ein Zitat von George Bernard Shaw. Weit oben, im kalten Norden, haben vor langer Zeit einmal drei Länder an einem Meer gewohnt. Es war ein spezielles und schönes Meer und auf dem Grund dieses Meeres wartete ein Schatz auf seine Entdeckung. Endlich, nach Jahrtausenden, wenn nicht gar Jahrillionen, ist der Schatz in den Sechzigerjahren dann auch entdeckt worden. Und nein, entgegen der jetzt vielleicht aufkommenden Erwartung hier im Saal, haben sich die drei Länder nicht um diesen Schatz gestritten. Der Schatz war nämlich gross genug für alle drei Länder. Oder etwas Pragmatischer: Die drei Länder kannten das Seevölkerrecht und hielten sich daran. Bis die drei Länder anfangs der Siebzigerjahre mit dem Bergen dieses Schatzes beginnen konnten, überlegten sie sich, was sie mit dem Reichtum, der dort lag, machen wollten. Politikerinnen und Politiker im ersten Land, nennen wir es einmal zufälligerweise Holland, überlegten sich Folgendes: Der Schatz sei eine super Sache. Sie würden damit ihren Staatshaushalt finanzieren und die Steuern senken. Politikerinnen und Politiker im zweiten Land, nennen wir es ebenso zufällig Grossbritannien, überlegten sich Folgendes: Der Schatz sei eine super Sache,



eine grossartige Einnahmequelle. Sie wollten möglichst schnell möglichst viel dieses Schatzes aus dem Meer holen. Politikerinnen und Politiker im dritten Land, nennen wir es einmal Norwegen, überlegten sich Folgendes: Der Schatz sei eine super Sache, eine richtig gute Einnahmequelle. Und wenn sie schlau wären, könnten sie auch noch in der nächsten Generation von diesem Reichtum profitieren. Am besten wäre, sie würden das Geld zur Seite legen. Und so kam es: Die drei Länder haben ihre Pläne umgesetzt und ihren Schatz in Form von Erdöl aus der Nordsee gepumpt. Heute, mehrere Jahrzehnte später, können wir schauen, welche Politikerinnen und Politiker gut gehandelt und vorausschauend gedacht haben: Das erste Land, Holland, hat weniger Steuern von seiner Wirtschaft verlangt. Interessanterweise hat aber die holländische Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Und ab dem Moment, wo jedes Jahr nur noch weniger von diesem Schatz gefördert werden konnte, Stichwort Peak Oil, mussten die Steuern wieder erhöht werden. Dies hat dann die Wirtschaft zusätzlich geschwächt. Die Zukunftsaussichten dieser Länder sind somit trüber, der Schatz wird kleiner und das Geld ist bereits grösstenteils ausgegeben worden. Das zweite Land, Grossbritannien, hat schnell viel Öl für durchschnittlich 15 \$ pro Fass, verkauft. Heute müssen die Briten Öl zu deutlich höheren Preisen wieder importieren. Von ihrem Anteil des Schatzes haben die Briten praktisch nichts mehr übrig. Das dritte Land aber, Norwegen, ist gut gefahren: Sie haben das Geld in einen staatlichen Fonds gesteckt. Der Fonds ist unterdessen mehrere hundert Mio. Dollars schwer und wirft auch kräftig Zinsen ab. Die Norweger haben klare Regeln aufgestellt, wann und unter welchen Umständen Geld aus dem Fonds genommen werden darf. Zudem haben die Norweger in neue Technologien investiert. Es ist ganz klar, die Politikerinnen und Politiker von Norwegen haben am vorausschauendsten gehandelt. Aarau liegt an keinem Meer und auch an keinem See, immerhin an einer Aare, aber wir haben definitiv kein Erdöl und auch keinen milliardenschweren Fonds. Aber Aarau hat mit der Verselbständigung der IBA einen Schatz gehoben. Und mir scheint, die Aarauer Politikerinnen und Politiker waren zuerst recht schlau und haben sich sozusagen Norwegen als Vorbild genommen. Sie haben sogar von einem Generationenfonds gesprochen. Immerhin haben sie einen wichtigen Schritt vergessen: Man hat keine verbindlichen Regeln aufgestellt. Und so kam es, wie es kommen musste: Langsam aber stetig ist die Vernunft der Gier gewichen. Die Namensänderung, es heisst heute nicht mehr Generationenfonds, war nur der erste Schritt. Statt Norweger sind wir jetzt sozusagen Holländer. Kurzfristige Steuergeschenke sind wichtiger als der Gedanke an kommende Generationen. Mir ist klar, die Budgetsituation ist schwierig und deshalb ist es auch schwierig, den Generationenfonds zu retten. Aber wenn man auf die beiden Vorbilder Norwegen und Holland schaut, ist eines klar: Wirtschaftlich gesehen ist ein Generationenfonds à la Norwegen deutlich besser. Und bei einem bin ich mir auch sicher: Alle hier im Saal, egal auf welcher Seite sie sitzen, wollen eigentlich eine wirtschaftlich gesunde Stadt Aarau. Deshalb würde ich an dieser Stelle zu drei Sachen aufrufen: 1. Raufen wir uns zusammen und sorgen dafür, dass die Stadt Aarau schnellstmöglich kein Vermögen mehr abbaut. 2. Definieren wir einen Kernbetrag aus dem städtischen Vermögen und führen ihn in einen Generationenfonds 2.0 über. 3. Stellen wir klare und verbindliche Regeln auf, wann wer was mit diesem Geld aus dem Generationenfonds 2.0 machen darf. In diesem Sinne wünsche ich eine spannende Debatte.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Alexander Umbricht hat eigentlich am Schluss noch eine schöne Zusammenfassung formuliert, indem er gesagt hat, dass eigentlich alle dasselbe wollen, nämlich eine wirtschaftlich gesunde Stadt Aarau. Ich glaube, dem kann ich mich so anschliessen und möchte gar nicht viel mehr dazu sagen, da ich am Anfang ja die Meinung schon ziemlich ausführlich vertreten habe.



Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich gehe nun jede einzelne Produktegruppe durch und führe jeweils immer gleich auch die Abstimmungen zu den eingegangenen Anträgen durch. Mit den Entscheidungen der einzelnen Abstimmungen gehen wir dann in die Schlussabstimmung.

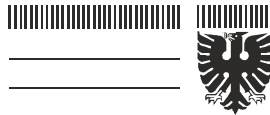
Abstimmungen

PG	Bereich	Antragsteller	Antrag Veränderung Nettoaufwand	Ja	Nein	Beschluss
01	Politische Führung /Wirtschaft	SVP	Reduktion Fr. 60'000.00	21	27	Ablehnung
02	Stadtkanzlei	SVP	Reduktion Fr. 140'000.00	21	27	Ablehnung
03	Stadtbüro	SVP	Reduktion Fr. 100'000.00	23	25	Ablehnung
04	Organisation und Informatik	SVP	Reduktion Fr. 200'000.00	21	27	Ablehnung
05	Reg. Zivilstandsamt	SVP	Reduktion Fr. 45'000.00	20	28	Ablehnung
10	Steuern	SVP	Reduktion Fr. 30'000.00	20	28	Ablehnung
12	Finanzen	SVP	Reduktion Fr. 80'000.00	21	27	Ablehnung
17	Liegenschaften Verw. vermögen	SVP	Reduktion Fr. 360'000.00	21	27	Ablehnung
18	Liegenschaften Finanzvermögen	SVP	Reduktion Fr. 100'000.00	21	27	Ablehnung
20	Kultur	SVP	Reduktion Fr. 100'000.00	15	33	Ablehnung
21	Stadtmuseum	SVP	Reduktion Fr. 85'000.00	15	30	Ablehnung
22	Kultur und Kongresshaus	SVP	Reduktion Fr. 60'000.00	16	32	Ablehnung
23	Stadtbibliothek	SVP	Reduktion Fr. 65'000.00	14	33	Ablehnung

Lelia Hunziker, Präsidentin: Bei der PG 23, Stadtbibliothek, liegt ein Antrag der FGPK vor mit folgendem Wortlaut:

Der Nettoaufwand in der PG 23 sei um 15'200 Franken auf neu 915'000 Franken zu erhöhen. Mit dieser Erhöhung soll die zweite Lehrstelle finanziert werden.

PG	Bereich	Antragsteller	Antrag Veränderung Nettoaufwand	Ja	Nein	Beschluss
23	Stadtbibliothek	FGPK	Erhöhung Fr. 15'200.00	22	22	Zustimmung mit Stichtscheid Präsidentin
26	Sportbeiträge	SVP	Reduktion Fr. 15'000.00	10	34	Ablehnung
30	Betrieb Volksschule	SVP	Reduktion Fr. 170'000.00	11	36	Ablehnung
31	Musikschule u. Kadettenmusik	SVP	Reduktion Fr. 50'000.00	12	36	Ablehnung
40	Gesetzliche Sozialarbeit	SVP	Reduktion Fr. 200'000.00	17	31	Ablehnung
41	Freiwillige Sozialarbeit	SVP	Reduktion Fr. 130'000.00	21	27	Ablehnung



Lelia Hunziker, Präsidentin: Bei der PG 41, Freiwillige Sozialarbeit, liegt ein Antrag der SP vor mit folgendem Wortlaut:

Der Einkauf der subventionsberechtigten Betreuungsplätze bei den FuSTA-Trägerschaften sei zu erhöhen. Dafür sei der Nettoaufwand der Produktegruppe 41, Freiwillige Sozialarbeit, um 98'000 Franken aufzustocken.

Gabriela Suter: Man sieht jetzt sehr gut anhand des Abstimmungsbildes, wer den Volkswillen stützt. Im Juni 2016 hatten wir eine kantonale Abstimmung über das Kinderbetreuungsgesetz. Ab August 2018 wird das in jeder Gemeinde des Kantons umgesetzt werden müssen. 63,5 % der Stimmberechtigten von Aarau haben dieses KiBeG gestützt und Ja gesagt dazu. Ich erwarte eigentlich von Seiten des Stadtrates und des Einwohnerrates, dass der Wille der Stimmberechtigten dann auch akzeptiert und umgesetzt wird. Das, was wir vorhin gleich gehört haben, nämlich noch 130'000 Franken an Subventionen bei FuSTA kürzen zu wollen, ist eigentlich das Gegenteil der Umsetzung davon, was die Stimmbevölkerung entschieden hat. Das heisst, es ist Leistungsabbau anstatt das, was die Bevölkerung eigentlich wollte, nämlich einen Ausbau der Leistungen bei FuSTA. Es hat keine Luft mehr in diesem Budget. Man sieht, es wird einfach gespart, wo es nur geht. Es wird so gespart, dass jetzt auch private Trägerschaften, also unsere Partner in dieser FuSTA-Betreuung, darunter leiden müssen. Sie konnten das auch in den Unterlagen lesen, welche ich Ihnen zuschicken liess. Mit der Subventionsbremse, welche der Stadtrat jetzt beschlossen hat, werden die Trägerschaften quasi gezwungen, den Subventionsbeitrag, welcher nicht mehr von der Stadt geleistet wird, einfach selber übernehmen zu müssen. Das geht so nicht, wie das auch Lukas Häusermann von der CVP vorhin gesagt hat. Man geht so nicht mit Partnern um, welche Dienstleistungen für uns ausführen. Wir fordern jetzt einfach eine moderate Lockerung in diesem Sinne von dieser Subventionsbremse. Wir möchten einfach wieder auf das Niveau von 2015 zurückgehen. Dort hat es die Stadt Aarau nämlich geschafft, auch etwas über diesen maximal vereinbarten Kontingenten noch weitere Plätze zu subventionieren. Wir erwarten jetzt eigentlich, dass man da einen Schritt macht und dem entspricht. Es ist ein Betrag von 98'000 Franken. Sehr wahrscheinlich könnte man noch viel mehr sprechen. Wir werden im Jahr 2018 und den folgenden Jahren dann auch mehr sprechen müssen, aber es ist so, dass die Stimmberechtigten das so entschieden haben. Sie haben auch gesehen, dass die Entwicklung der Wartelisten der nachgefragten Plätze in den letzten zwei Jahren einen wahnsinnigen Anstieg aufzeigt. Ich konnte im Detail mit den Institutionen und den Sozialen Diensten auch schauen, wie viele Prozente an Steigerung es auf dieser Warteliste gab. Sie sehen, dass die Nachfrage einfach ausgewiesen ist. Und nun noch allgemein zu dieser Produktegruppe und nicht besonders zu diesem Antrag. Entsprechend erhalte ich hier jetzt wohl noch etwas Redezeit. Ich möchte noch etwas zum Vorgehen des Stadtrates bei diesen Sparmassnahmen in dieser Produktegruppe sagen: Im September konnten wir in einem Anhang einer E-Mail lesen, dass einerseits der Elternbeitrag bei der FuSTA auf Beschluss des Stadtrates ab 1.1.2017 erhöht und diese Subventionsbremse eingeführt werden wird. Unser Rat hat hier mit 28 Ja-Stimmen im Juni 2015 anlässlich der Stabilo 2-Debatte beschlossen, dass wir über die Sparmassnahmen in diesem hochsensiblen Bereich separat abstimmen können möchten. Wir möchten eine Botschaft dazu haben und über diese Sparmassnahmen beraten. Das, was der Stadtrat hier gemacht hat, scheint uns nicht ganz kosher zu sein. Wir fühlen uns etwas über den Tisch gezogen. Der Stadtrat hat am Einwohnerrat vorbeigespart, hat das nicht einmal klar ausgewiesen. Erst auf Nachfrage und mit Recherchearbeit konnte herausgefunden werden, was da eigentlich gelaufen ist. Das scheint uns keine gute Art und Weise zu sein. Wir haben immer gesagt, dass Elternbeitrags erhöhungen eigentlich ein No-Go seien. Das hat auch der INFRA-Bericht an-



lässlich der Evaluation von FuSTA festgestellt. Das ist hier im Rat auch von mehreren Parteien und auch von Seiten des Stadtrates gesagt worden, aber am Schluss entscheidet der Stadtrat das einfach so für sich. Klar, es liegt in seiner Kompetenz, aber wir hätten zumindest gerne hier im Rat eine Botschaft zur Information gehabt. Man hätte solche Massnahmen dem Einwohnerrat ja auch zur Kenntnis vorlegen können. Fazit: FuSTA ist eine ganz wichtige Angelegenheit und wird in den nächsten Jahren immer wichtiger werden. Die Stimmberechtigten fordern eine vermehrte Subvention von FuSTA. Ich bitte Sie deshalb, dem Anliegen auch entsprechend zuzustimmen.

Martina Suter: Nur eine ganz kurze Anmerkung: Was mich sehr überrascht oder irritiert ist die Tatsache, dass dieser Subventionsausbau eigentlich verlangt wird, obwohl wir vor noch nicht allzu langer Zeit von Frau Meier gehört haben, dass es ja vorwiegend Kinder von gut bis sehr gut verdienenden Eltern in den FuSTA's habe. So gesehen denke ich, dass man ihnen sehr wohl zumuten kann, dass sie diesen Beitrag selber bezahlen.

Lukas Häusermann: Damit es keine Missverständnisse gibt: Ich habe vorhin gesagt, dass wir diesen Antrag ablehnen werden, aber nicht, weil wir finden, es sei soweit alles in Ordnung. Wir nehmen gerne zur Kenntnis, dass der Stadtrat die 98'000 Franken einsparen möchte. Wir möchten aber auch, dass er es so umsetzt, wie wir das hier im Rat beschlossen haben, und zwar so, dass er noch Bericht und Antrag zu diesem Geschäft stellt. Ich sehe das Budget nicht als beschlossen und in Stein gemeisselt an, das muss man auch ganz klar sehen. Das leben wir ja auch so. Insofern möchte ich da schon den Stadtrat bitten, hier im Verlaufe des Jahres 2017 noch einmal Bericht und Antrag zu diesem Geschäft zu stellen, damit wir das noch einmal anschauen können, denn auch mir scheinen hier die Fakten und Grundlagen zu wenig klar zu sein. Das ist selbst für mich so, obwohl ich auch Kinder in der FuSTA habe und weiss, was es heisst, wenn es Wartelisten gibt. Aber gleichzeitig musste ich bei der Elternbeitragserhöhung sagen, dass sie aus meiner Sicht in einem durchaus massvollen Rahmen liegt. Schlussendlich werden nun auch alle über den gleichen Leisten geschlagen und die Probleme sind nicht mehr vorhanden, welche man hat, wenn man den Tarif über ein steuerbares Einkommen ansetzt. So sind früher verschiedene Familienmodelle sehr unterschiedlich bewertet worden. Ich habe das Gefühl, nun sei es etwas gerechter.

Gabriela Suter: Ich habe die detaillierte Zusammenstellung nicht, wer wieviel Beitrag bezahlt. Zum Glück habe ich das natürlich nicht, aber ich weiss, dass es ganz wenige Eltern sind, welche wirklich den vollen Beitrag bezahlen und es kommt natürlich sehr darauf an, wo die Trägerschaften ihre Horte und Krippen haben. Im Gönhard oben wird sehr wahrscheinlich auch das Steuersubstrat höher als beispielsweise in der Spielvilla oder im Hort im Klubhaus Telli sein. Ich habe gehört, dass es im Moment scheinbar so ist, dass der Aufnahmestopp im Klubhaus Telli sei, also gleich dort, wo Eltern mit eher wenig Einkommen ihre Kinder hinschicken.

Franziska Graf, Stadträtin: Ich würde gerne Stellung dazu nehmen, und zwar sieht das der Stadtrat logischerweise etwas anders. Gabriela Suter hat vorhin ausgeführt, dass die Praxis von 2015 gebrochen worden sei. Dazu möchte ich einfach sagen, dass es zwischen den Sozialen Diensten und den Trägerschaften im Bereich Krippen und Horte Leistungsvereinbarungen gibt. Die gelten schon, seit Sie in Aarau FuSTA ins Leben gerufen haben. Diese Leistungsvereinbarungen definieren im Detail, wie viele Betreuungstage insgesamt subventioniert werden und wie sich die Eltern an den Kosten beteiligen. In den Jahren bis und mit 2014 haben die Trägerschaften die maximal subventionierten Betreuungstage gar nicht ausgeschöpft. Erst 2015, und auf dieses Jahr bezieht sich Frau Suter, ist eine erstmalige Ausschöpfung der maximalen Betreuungstage passiert.



Aufgrund dieser Überschreitung haben die Sozialen Dienste eine Anpassung im EDV-Programm vornehmen lassen, damit sie in der Lage sind, seit 2016 die vereinbarten Betreuungstage und das damit verbundene Budget, einzuhalten. Das Controlling ist jetzt also so, dass man merkt, wenn man über 100 % Betreuungstage kommt. Das ist ein Fehler und nicht in diesem Sinne eine gängige Praxis. Wir haben diesen Fehler korrigiert, indem wir gesagt haben, dass man sich in Zukunft wieder an die Leistungsvereinbarung halten müsse und nicht mehr als 100 % der Plätze von der Stadt subventioniert werden. Ich finde, das ist ehrlich. Wir haben diesen Fehler gemacht und die zu viel ausbezahlten Subventionen nicht zurückgefordert, was ich vom Stadtrat auch richtig finde. Aber an dem kann man uns jetzt eigentlich nicht für die Zukunft messen. Im Jahr 2016 kann aufgrund der Hochrechnung davon ausgegangen werden, dass bereits gestützt auf den neu eingeführten Kostenbremsmechanismus für die Einhaltung der mit den Trägerschaften vereinbarten Kontingente das erste Sparziel von mindestens 98'000 Franken erreicht wird. Die Trägerschaften sind über die neu eingeführte Kontrolle im Frühling 2016 informiert worden, aber die Leistungsvereinbarung haben sie ja schon lange. Sie hätten also gewusst, wie viele Plätze sie als subventioniert hätten weitergeben dürfen. Die Umsetzung des Sparzieles im Betrag von 98'000 Franken beruht somit auf der konsequenten Durchsetzung der bereits vor den Stabulo-Prozessen vereinbarten maximalen Anzahl Betreuungstage. Es ist also keine neue Stabulo 2-Massnahme. Die Vorgabe konnte also für diesen Teil ohne weitere Massnahme umgesetzt werden, weshalb erfreulicherweise dem Einwohnerrat entsprechend keine weitere Massnahme beantragt werden musste. Dann hat Frau Suter noch mündlich angebracht, dass sie etwas befremdet über das Vorgehen des Stadtrats sei. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass der Stadtrat auch auf modernen Kommunikationskanälen kommuniziert. So haben alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte am 23. September 2016 mit Absender Stefan Berner eine E-Mail erhalten mit zwei Anhängen. Das eine war ein Brief an Sie, in welchem Sie informiert wurden, dass der Stadtrat an seiner letzten Sitzung im Rahmen des Sparpaketes Stabulo 2 folgende Massnahme zur Realisierung des Sparzieles im Bereich Familien- und Schuler ergänzende Tagesstrukturen im Umfang von 235'000 Franken per 1. Januar 2017 beschlossen habe, nämlich dass das Sparziel durch die Einhaltung der vereinbarten Kontingente erreicht werde, wie ich vorhin bereits ausgeführt habe, und einer Anpassung der Tarifordnung und des Elternbeitragsreglements. Auch dieses Reglement hatten sie als Beilage bei dieser Mail dabei. Die Anpassungen der Elternbeiträge auf den 1. Januar 2017 sind Ihnen genau dargelegt worden. Wir hoffen eigentlich, dass dieser Weg funktioniert. Wenn nicht, müssen wir das ändern, dann sind wir froh um Rückmeldungen. Bis jetzt sind wir davon ausgegangen. Und noch zur Einführung des neuen Gesetzes: Sie dürfen sich darauf verlassen, dass wir uns an dieses Gesetz halten werden. Es ist aber so, dass alles seine Zeit braucht. Das Gesetz wird uns Mitte oder Ende Januar zum ersten Mal vorgestellt. Es wird gezeigt, was das für die Städte und Gemeinden eigentlich heisst. Von uns wird dort sicher jemand zuhören gehen, damit wir nachher gerüstet sind und wissen, was wir zu tun haben. Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, dass wir anschliessend in der Stadt Aarau ein System finden, welches für alle Aarauern und Aarauern funktioniert und nicht nur für diejenigen, welche einen Platz in den Krippen und Horten ergattern können, welche subventionierte Plätze haben. Das ist nach wie vor nicht so. Auch wenn man jetzt diese 98'000 Franken sprechen würde, würde das nachher noch immer nicht für alle in Aarau gelten. Der Stadtrat bittet Sie, auf die Erhöhung um diese 98'000 Franken und die Aufstockung der Betreuungsplätze zu verzichten.

Oliver Bachmann: Ich habe zwei ergänzende Fragen an den Stadtrat: Ist es richtig, dass mit dieser Durchsetzung der Obergrenze weniger Eltern in Aarau ihre Kinder betreuen lassen können und wenn ja, was raten Sie diesen Eltern, was sie machen sollten, wenn ihre Kinder nicht betreut wer-



den. Ich möchte jetzt nicht die Antwort hören, es gäbe noch andere, bei welchen es auch nicht gehe, denn das nützt den betroffenen Eltern gar nichts. Da würde ich dann eher sagen, dass wir heute dann einfach einmal diesen Betrag geben, damit es den einen schon einmal nütze und für die anderen suchen wir nachher eine Lösung. Aber wir müssen jetzt nicht sagen, weil es noch andere gibt, bei welchen es auch nicht geht, wollten wir diesen auch nichts geben. Das bringt ja nichts. Da geht es jetzt wirklich um eine Massnahme, welche die Menschen persönlich betrifft und sie in ihrer wirtschaftlichen Fähigkeit einschränkt, wenn die Stadt an diesem Ort abbaut. Deshalb würde ich gerne diese beiden Fragen vom Stadtrat beantwortet haben.

Franziska Graf, Stadträtin: Ich muss sagen, dass diese Fragen für eine seriöse Antwort viel zu kurzfristig gestellt werden. Ich habe das vorhin in diesem Sinne vor der Sitzung zum ersten Mal gelesen und liefere die Antwort gerne nach. Ich möchte aber, dass sie korrekt ist.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, machen wir weiter mit den

Abstimmungen

PG	Bereich	Antragsteller	Antrag Veränderung Nettoaufwand	Ja	Nein	Beschluss
41	Freiwillige Sozialarbeit	SP	Erhöhung Fr. 98'000.00	20	25	Ablehnung
42	Gesellschaft	SVP	Reduktion Fr. 65'000.00	21	27	Ablehnung

Lelia Hunziker, Präsidentin: Bei der PG 42, Gesellschaft, liegt ein Antrag der SP vor mit folgendem Wortlaut:

Der Ressourcenpool der Sektion Gesellschaft sei um 50 % aufzustocken. Der Nettoaufwand der Produktegruppe 42, Gesellschaft, sei entsprechend um 51'400 Franken (entspricht 50 % Fachstelle Kind + Familie) zu erhöhen.

Gabriela Suter: Sie wissen es alle, dass die Bevölkerungsstruktur nicht mehr so wie vor 30 Jahren ist. Die Welt und damit die gesellschaftlichen Veränderungen drehen sich immer schneller. Es kommt zu verschiedenen Veränderungen, beispielsweise demographischer Art: Die Menschen werden immer älter und haben besondere Bedürfnisse und möchten vielleicht nicht unbedingt gleich ins Pflegeheim gehen, sondern möglichst lange zuhause bleiben. Familiär kommt es zu Veränderungen: Die Mami-Papi-Zweikinderfamilie ist nicht mehr einfach so der Standard. Es gibt unterschiedliche Familienmodelle und viele Menschen, welche alleinerziehend sind. Entsprechend haben auch diese ganz andere Bedürfnisse, als man eben vor 30 oder 50 Jahren hatte, als wir aufgewachsen sind. Im Bereich Migration kommt es zu Veränderungen. Das sieht man natürlich sehr stark. Immer mehr Menschen haben einen sogenannten Migrationshintergrund und zwar nicht einfach wie ich irgendwann einmal einen Grossvater, der aus dem Tessin hierhin gekommen ist, sondern wirklich einen Migrationshintergrund in erster Generation. All diese gesellschaftlichen Herausforderungen müssen bewältigt werden können. Wir sind der Meinung, dass hier die Stadt eine wichtige Aufgabe hat und entsprechend auch Ressourcen in dieser PG Gesellschaft benötigt. Die PG Gesellschaft leistet wertvolle Präventionsarbeit. Sie wissen alle, je mehr Prävention geleistet wird, desto weniger Problemfälle gibt es in diesem Sinne später. Letztlich wollen wir ja alle



Sozialhilfe verhindern, damit das einerseits nicht von der Stadt getragen werden muss und andererseits Menschen überhaupt in eine solche Lage kommen müssen. Wir können uns nicht vorstellen, weshalb der Stadtrat gleich in einem so wichtigen Bereich, welcher auch in Zukunft noch wichtiger werden wird, davon sind wir überzeugt, Leistungen abbauen will. Für uns ist das kurzfristiges Denken und kurzsichtiges Sparen und eigentlich überhaupt nicht nachhaltig. Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen, damit in diesem Bereich zumindest diese Stellenprozent gesichert sind. Wir wollen ja keine Erhöhung, sondern einfach keinen Leistungsabbau in diesem so wichtigen Bereich.

Martina Suter: Es handelt sich hier ja um Beratungsstellen und bei diesem beantragten Budgetbetrag überhaupt nicht um einen Leistungsabbau. Es waren bis jetzt einzelne Beratungsstellen, welche man nun organisatorisch zusammenlegen kann. Wenn man sie zusammenlegen kann, ist es ja sinnvoll und ideal, wenn man dann Synergien nutzen kann. Dann kann vielleicht eine Person, welche dort arbeitet, nicht nur zu einem Jugendthema einer fragstellenden Person Antwort geben, sondern auch einer Seniorin. So gesehen hat es überhaupt nichts mit Leistungsabbau zu tun, sondern ist einfach eine organisatorische Effizienzsteigerung.

Gabriela Suter: Also ich frage mich im Moment schon echt, ob die eine Ratsseite dieses Dokument hier, welche die Verwaltung und der Stadtrat mühsam zusammengestellt haben, überhaupt gelesen hat. Schon bei der Gesetzlichen Sozialhilfe hatte ich eine Riesenfrage, wieso Sie wieder denselben Antrag stellen. Es steht doch hier in den Unterlagen zum Budget und man vermutet so viele Zahlen. Weshalb wollen Sie dann dort einfach sparen? Das bringt nichts. Es ist einfach Kosmetik. Dann budgetiert man halt einfach weniger, aber am Schluss kostet es gleichviel, denn die Sozialfälle werden trotzdem vorhanden sein. Also Entschuldigung, es steht hier doch schwarz auf weiss, welche Leistungen abgebaut werden. Dann kann man doch nicht einfach sagen, dass es Synergien seien, welche jetzt genutzt würden. Es steht wirklich, welche Leistungen genau abgebaut werden. Lesen Sie doch bitte einfach das Dokument. Es steht auf Seite 28.

Franziska Graf, Stadträtin: Aus Sicht des Stadtrates ist es korrekt: Es gibt Sachen, welche nachher nicht mehr gemacht werden. Der Stadtrat hat einen Sparauftrag erhalten und hat sich sehr darum bemüht, ihn möglichst optimal umzusetzen, das heisst, dort zu sparen, wo kein Leistungsabbau oder wo der noch am besten verkraftbare stattfindet. Mit Blick auf unsere Finanzlage empfiehlt Ihnen der Stadtrat, den Antrag der SP abzulehnen, aber mit dem Bewusstsein, dass man dann gewisse Leistungen nicht mehr erbringen kann, wie wir Ihnen aufgeschrieben haben und Gabriela Suter auch dargelegt hat. Ich verzichte deshalb darauf, alles noch einmal vorzulesen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, machen wir weiter mit den

Abstimmungen

PG	Bereich	Antragsteller	Antrag Veränderung Nettoaufwand	Ja	Nein	Beschluss
42	Gesellschaft	SP	Erhöhung Fr. 51'400.00	21	24	Ablehnung



Lelia Hunziker, Präsidentin: Bei der PG 42, Gesellschaft, liegt ein Antrag der FGPK vor mit folgendem Wortlaut:

Auf die Reduktion der Integrationsstelle um 10 % sei zu verzichten. Der Nettoaufwand der Produktgruppe 42, Gesellschaft, sei entsprechend um 12'300 Franken zu erhöhen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zu den weiteren

Abstimmungen

PG	Bereich	Antragsteller	Antrag Veränderung Nettoaufwand	Ja	Nein	Beschluss
42	Gesellschaft	FGPK	Erhöhung Fr. 12'300.00	24	24	Zustimmung mit Stichtscheid Präsidentin
43	Subventionen / Beiträge	SVP	Reduktion Fr. 50'000.00	21	27	Ablehnung
46	Alter	SVP	Reduktion Fr. 100'000.00	22	25	Ablehnung
50	Stadtpolizei	SVP	Reduktion Fr. 50'000.00	19	28	Ablehnung
51	Feuerwehr / Zivilschutz	SVP	Reduktion Fr. 20'000.00	17	30	Ablehnung
60	Stadtentwicklung / stadteigene Bauten / Umwelt	SVP	Reduktion Fr. 180'000.00	21	27	Ablehnung
61	Baubewilligungswesen	SVP	Reduktion Fr. 20'000.00	21	26	Ablehnung
62	Verkehrsflächen und Gewässer	SVP	Reduktion Fr. 250'000.00	22	26	Ablehnung
63	Abwasserentsorgung	SVP	Reduktion Fr. 100'000.00	21	26	Ablehnung
70	Werkhof	SVP	Reduktion Fr. 250'000.00	19	27	Ablehnung
71	Schwimmbad	SVP	Reduktion Fr. 10'000.00	20	27	Ablehnung
72	Abfallbewirtschaftung	SVP	Reduktion Fr. 100'000.00	19	28	Ablehnung
73	Bestattungswesen und Grünflächenpflege	SVP	Reduktion Fr. 150'000.00	21	27	Ablehnung

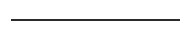
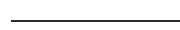
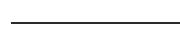
Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit kommen wir zur Investitionsrechnung. Bei der Investitionsrechnung liegt ein Antrag der SVP vor mit folgendem Wortlaut:

Die Investition Z04.5.315 (Ersatz Arbeitsplatzinfrastruktur) sei um 10 % zu kürzen, d.h. auf total Fr. 720'000.- oder Fr. 360'000.- für das Jahr 2017 und Fr. 360'000.- für das Jahr 2018.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der SVP zur Investitionsrechnung

Der Antrag der SVP zur Investition Z04.5.315 wird mit 27 Nein-Stimmen gegen 21 Ja-Stimmen **abgelehnt**.



Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit kommen wir zum Antrag der SVP bezüglich Erhöhung der Lohnsumme, welcher heute Nachmittag noch eingereicht worden ist. Dieser lautet wie folgt:

Der Nettoaufwand der einzelnen Produktgruppen sei um den Betrag der Lohnerhöhung von 0,5 % zu kürzen.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich möchte Sie sehr bitten, diesen Antrag nicht gutzuheissen. Sie konnten den Ausführungen zu diesem Geschäft entnehmen, dass der Stadtrat an dieser sehr bescheidenen Lohnerhöhung festhalten möchte, auch als Wertschätzung gegenüber dem Personal. In den letzten vier Jahren gab es keine generellen Lohnerhöhungen und individuell gab es im vergangenen Jahr auch keine, im vorletzten Jahr die 0,25 % und im Jahr vorher auch nur kleine Lohnerhöhungen. Sie haben weitere Darlegungen zu diesem Thema finden können, welche ich jetzt zu vorgeschrittener Stunde nicht noch einmal alle wiederholen möchte, aber ich möchte Sie sehr darum bitten, dass Sie bereit sind, dem Personal, welches jetzt doch auch bei den verschiedenen Phasen des ganzen Budgetprozesses sehr viel beigetragen und die Unterlagen immer aufbereitet hat, was auch mit vielen Zusatzaufwendungen verbunden gewesen ist, eine Wertschätzung in diesem Sinne weiterzugeben.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der SVP zur Lohnerhöhung:

(Ausstand von Susanne Heuberger und Peter Roschi)

Der Antrag der SVP zur Lohnerhöhung wird mit 27 Nein-Stimmen gegen 18 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit kommen wir zu den Schlussabstimmungen. Beim Antrag 1 des Stadtrates liegt ein **Abänderungsantrag** von Markus Hutmacher, Grüne, zum Steuerfuss vor mit folgendem Wortlaut:

Das Budget 2017 der Einwohnergemeinde Aarau sei mit den Globalaufträgen der Produktgruppen sowie mit einem Steuerfuss von 100 % zu genehmigen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Steuerfuss:

Steuerfuss von 97 % (Antrag Stadtrat)	35 Stimmen
Steuerfuss von 100 % (Antrag Grüne)	13 Stimmen

Somit hat der Steuerfuss von 97 % obsiegt.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Mit einem Steuerfuss von 97 % und allen beschlossenen Änderungen kommen wir nun zu den



Schlussabstimmungen über das Budget 2017

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Budget 2017 der Einwohnergemeinde Aarau wird mit einem Steuerfuss von 97 % genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 Abs. 1 lit. c) der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen und keiner Gegenstimme folgenden

Beschluss

Die Produktgruppe 01 wird in "Politische Führung/Wirtschaft" umbenannt unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 3:

Der Einwohnerrat fasst mit 44 Ja-Stimmen und keiner Gegenstimme folgenden

Beschluss

Die Produktgruppe 12 wird in "Finanzen" umbenannt unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 4:

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen und keiner Gegenstimme folgenden



Beschluss

Die Produktgruppe 42 wird in "Gesellschaft" umbenannt unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 5:

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja-Stimmen und keiner Gegenstimme folgenden

Beschluss

Die Produktgruppe 51 wird in "Feuerwehr/Zivilschutz" umbenannt unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 6
GV 2014 - 2017 / 286

100. Kreditabrechnung General Guisan-Strasse / Goldernstrasse, Erneuerung und Renovierung Abwassersystem

Lelia Hunziker, Präsidentin: Mit Datum vom 3. Oktober 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "General Guisan-Strasse / Goldernstrasse, Erneuerung und Renovierung Abwassersystem". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 2'200'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 1'852'747.15 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 347'252.85 oder 15.78 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 29. November 2016 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "General Guisan-Strasse / Goldernstrasse, Erneuerung und Renovierung Abwassersystem".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 7
GV 2014 - 2017 / 292

101. Kreditabrechnung General Guisan-Strasse, Ostteil / Goldernstrasse, Belagssanierung

Lelia Hunziker, Präsidentin: Mit Datum vom 17. Oktober 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "General Guisan-Strasse, Ostteil / Goldernstrasse, Belagssanierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 650'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 644'097.80 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 5'902.20 oder 0.91 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 29. November 2016 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "General Guisan-Strasse, Ostteil / Goldernstrasse, Belagssanierung".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 8
GV 2014 - 2017 / 293

102. Kreditabrechnung Erweiterung Primarschulhaus Telli, Realisierung

Lelia Hunziker, Präsidentin: Mit Datum vom 17. Oktober 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Erweiterung Primarschulhaus Telli, Realisierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 4'523'410.85 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 4'216'510.10 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 306'900.75 oder 6.78 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 29. November 2016 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Erweiterung Primarschulhaus Telli, Realisierung".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit sind wir schon fast am Schluss der Sitzung angekommen. Wir haben eine Umfrage über das Budget 2018 durchgeführt und gefragt, wie wir das machen sollen und ob es da Veränderungen gäbe. Wir haben das in der Präsidialkonferenz besprochen und anschliessend konnten Sie es in den Fraktionen diskutieren. Wir haben uns jetzt entschieden, dass wir alles etwas nach vorne schieben werden, sodass die Budgetsitzung vor den Herbstferien am 25. September 2017 stattfinden wird. Es wird eine FGPK-Sitzung am 12. September 2017 geben und eine Informationssitzung am 21. August 2017. Bis zum 5. September 2017 können dann wieder Fragen eingereicht werden. Sie werden den ganzen Terminplan noch schriftlich erhalten. Wir machen es also ähnlich wie in diesem Jahr, aber alles etwas nach vorne verschoben. Einen Weihnachtsumtrunk gibt es in diesem Jahr nicht. Ich bin davon ausgegangen, dass es viel zu spät wird und habe gemerkt, dass es für den Restaurantbesitzer schwierig ist, so kurzfristig und spontan darauf reagieren zu können. Deshalb verschieben wird das auf das neue Jahr, ist die Zeit doch schon recht fortgeschritten. Ich denke, wir haben es aber an einer sportlichen Sitzung heute Abend geschafft, das Budget zu verabschieden. Es freut mich, dass das jetzt so möglich war und ein Budget vorliegt. Ich wünsche Ihnen allen schöne Feiertage, einen schönen Silvesterabend und einen guten Start ins neue Jahr 2017.

Schluss der Sitzung: 23.15 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Die Präsidentin:

Lelia Hunziker

Der Protokollführer:

Stefan Berner